

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Kultur, Engagement und Demokratieförderung

69. Sitzung
8. Juni 2026

Beginn: 14.01 Uhr
Schluss: 17.47 Uhr
Vorsitz: Peer Mock-Stümer (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht des Senats

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

Die Künstlersozialkasse – was sie kann und was sie will

(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

[0352](#)

KultEnDe

Hierzu: Anhörung

Wir haben jetzt zwei Anhörungen hintereinander, und ich möchte es bei dem Appell bewenden lassen, der früher in den Telefonzellen stand: Fasse dich kurz! –, damit unsere Anzuhörenden auch genug Möglichkeit haben, selbst zu Wort zu kommen!

Ich gehe davon aus, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht wird. – Ja, wunderbar, das nehme ich so zur Kenntnis. Dann verfahren wir so. Als Anzuhörende begrüße ich auf das Herzlichste Frau Lisa Mangold; sie ist Gewerkschaftssekretärin bei ver.di und hat die Bereichsleitung Kunst und Kultur inne. Herzlich willkommen! Zugeschaltet ist uns Herr Marco Tempel; er ist Leiter der Künstlersozialkasse. Auch an Sie von dieser Stelle ein herzliches Willkommen! Sie sind darauf hingewiesen worden, dass die Sitzung wie immer live auf der Webseite des Abgeordnetenhauses abzurufen sein wird und dass eine Aufzeichnung ebenfalls auf der Website erscheinen wird. Ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind. – Zartes Nicken reicht, vielen Dank! Dann können wir auch da so verfahren.

Dann kommen wir zur Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 3 durch die Fraktion der CDU oder Fraktion der SPD. Mir wurde signalisiert, es wird von der SPD-Fraktion begründet. – Frau Abgeordnete Kühnemann, Sie haben das Wort, bitte schön!

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Wir haben uns heute dazu entschieden, die Künstlersozialkasse mit all Ihren Aufgaben und Herausforderungen auf die Tagesordnung zu setzen. Ich persönlich schätze die Künstlersozialkasse sehr, weil sie dafür sorgt, dass selbstständige Künstlerinnen, Künstler sowie Publizistinnen und Publizisten Zugang zu gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherungsleistungen haben, ähnlich wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Versicherten zahlen etwa die Hälfte der Sozialversicherungsbeiträge, die andere Hälfte wird durch einen Bundeszuschuss und die Künstlersozialabgabe der Unternehmen, die kreative Leistungen nutzen, finanziert. Dadurch verhindert die KSK, dass Kultur- und Medienschaffende wegen ihrer oft schwankenden Einkommen sozial ungesichert bleiben. Sie gilt deshalb unserer Auffassung nach als eine der wichtigsten kultur- und sozialpolitischen Institutionen Deutschlands. Aber es gibt da nun doch eine ganze Menge Herausforderungen, auf denen die Künstlersozialkasse reagieren muss, auch immer wieder Berichte von Künstlerinnen und Künstler, die beispielsweise Sorge haben, dass sie aus dieser Versicherung rausfliegen. Deshalb haben wir gesagt, dass wir uns heute das Thema ein bisschen genauer angucken und anhören wollen und vor allen Dingen, welche Herausforderungen für uns als politisch Verantwortungstragende daraus entstehen.

Ich begrüße ganz herzlich die Zuhörenden hier im Saal. Die Luft ist nicht so gut, aber wir sind voll dabei. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank, Frau Abgeordnete! – Jetzt frage ich den Senat, ob das Wort für eine einleitende Stellungnahme gewünscht wird. – Frau Staatssekretärin, bitte schön!

Staatssekretärin Cerstin-Ullrike Richter-Kotowski (SenKultGZ): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Du hast darauf hingewiesen, dass Herr Tempel jetzt hier am Bildschirm mit dabei ist. – Ja, sehr gut, im Saal hinter uns. Ich wollte auch noch einmal betonen, dass für Berlin als eine der größten Kunst- und Kulturmegapolen Deutschlands die Künstlersozialkasse ein wichtiger Bestandteil der sozialen Absicherung für viele freiberuflich tätige Künstlerinnen und Künstler ist. Sie trägt mit dazu bei, dass Berlin als wichtiges kulturelles Zentrum auch weiterhin attraktiv für Kunstschafter aus aller Welt bleibt.

Man muss noch einmal betonen, dass gerade Studien und Berliner Kulturberichte zeigen, dass viele Künstlerinnen und Künstler nur schwer allein von ihrer Kunst leben können. Ohne die KSK müssten sie die vollen Sozialversicherungsbeiträge selbst tragen, was sich viele nicht leisten können. Die KSK stabilisiert deshalb die soziale Absicherung der freien Kulturszene und macht künstlerisches Arbeiten in Berlin manchmal überhaupt erst möglich. Deshalb unterstützt das Land Berlin Bestrebungen, die KSK hier resilienter zu machen. Ein zentraler Hebel ist dabei die Forderung nach einer sogenannten vierten Säule der KSK, die die Lücken in der Erwerbsbiografie von Künstlerinnen und Künstlern schließen soll. Die KSK deckt die Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung ab, bietet jedoch keine Absicherung gegen Arbeitslosigkeit. Dabei ist es gerade bei kreativen Biografien – wir hatten es auch hier schon in mehreren Anhörungen – systemimmanent, dass sie meist in unregelmäßigen Projektphasen arbeiten und die Biografien dann natürlich auch von dieser Unregelmäßigkeit geprägt sind. In der Zeit zwischen zwei Engagements fallen Kulturschafter oft komplett durch das soziale Sicherungsnetz. Aufgrund von geringen Honoraren können viele Soloselbstständige in Kunst und Kultur kaum private Rücklagen bilden, um auftragsfreie Zeiten selbstständig zu überbrücken.

Insofern will ich noch einmal betonen, dass die Bundesratsinitiative vom November 2024, die sich auf diese vierte Säule richtete, wichtig ist. Jetzt muss geschaut werden, dass es hier insgesamt bundesweit zu einer Regelung kommt, die diese sogenannte vierte Säule, nämlich die Absicherung gegen Arbeitslosigkeit, in der KSK abbilden kann. Berlin wird diesen Prozess selbstverständlich unterstützen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin! – Dann beginnen wir mit der Anhörung. Jetzt frage ich mal, Frau Mangold, Herr Tempel, wer von Ihnen beiden beginnen möchte. – Herr Tempel, mögen Sie? – Dann freuen wir uns sehr, und ich bitte um die entsprechende Zuschaltung.

Marco Tempel (Künstlersozialkasse; Leiter) [zugeschaltet]: Einen wunderschönen Tag! Soll ich erst mal etwas zur KSK im Allgemeinen sagen?

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Erzählen Sie einfach, wie es Ihnen – – Das meiste wissen wir eigentlich schon, die Künstlersozialkasse ist zumindest mir ein Begriff und den meisten anderen, glaube ich, auch. Aber bitte, schießen Sie los!

Marco Tempel (Künstlersozialkasse): Okay! – Die Künstlersozialkasse steht hinter einer kulturellen Vielfalt, hinter Hunderttausend selbstständigen Künstlerinnen und Künstlern, Publizistinnen und Publizisten. Viele von ihnen arbeiten, wie gerade auch schon angedeutet, neben dem großen Engagement häufig unter wirtschaftlich unsicheren Bedingungen. Genau dort setzen wir mit der Künstlersozialkasse an. Wir ermöglichen den selbstständigen Kreativen den Zugang zur gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung zu vergleichbaren Bedingungen wie bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, also ohne, dass sie die Beiträge allein finanzieren müssen. Sie schafft damit soziale Sicherheit für Menschen, die keinen klassischen Arbeitgeber haben, aber dennoch einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag leisten.

Wichtig: Die Künstlersozialkasse ist keine eigene Versicherung. Sie stellt fest, wer versicherungspflichtig ist, erhebt die Beiträge und leitet diese an die zuständigen Sozialversicherungsträger in der Krankenpflege und Rentenversicherung weiter. Die Sozialversicherung ist dabei – – Wesentlich ist dort ein besonderer solidarischer Ansatz, die Finanzierung erfolgt nämlich gemeinschaftlich durch die Versicherten selbst, durch die Unternehmen, die künstlerische und publizistische Leistungen verwerten, sowie durch einen Bundeszuschuss. Mehr als 181 000 Unternehmen zahlen die Künstlersozialabgabe, weil sie künstlerische und publizistische Leistungen verwerten. Versicherungspflichtig können selbstständige Künstler und Publizisten sein, die ihre Tätigkeit erwerbsmäßig und dauerhaft ausüben. Aktuell sind das über 183 000 selbstständige Künstlerinnen, Künstler sowie Publizistinnen und Publizisten.

An Kulturstandorten wie Berlin – das wurde auch gerade schon genannt – wird die Bedeutung dieses Systems besonders deutlich, denn dort konzentriert sich ein großer Teil der deutschen Kultur- und Kreativwirtschaft. Berlin ist seit vielen Jahren einer der bedeutendsten Standorte für die Kultur- und Kreativwirtschaft. Aktuell sind in Berlin rund 40 000 Künstlerinnen und Künstler von den 183 000 über die Künstlersozialkasse versichert. Damit kommt mehr als jeder fünfte Versicherte der Künstlersozialkasse aus Berlin. Allein im Bereich der bildenden Kunst entfallen etwa 14 000 Versicherte auf Berlin. Die Künstlersozialkasse leistet dabei weit mehr als eine reine Verwaltung. Sie sorgt dafür, dass kreative Berufe dauerhaft ausgeübt werden können und kulturelle Vielfalt nicht an fehlender sozialer Absicherung scheitert, auch wenn sie an Grenzen stößt, denn auch die Absicherung ist von Honorarhöhen und anderen Dingen abhängig. Sie unterstützt die Kreativen bei der Beteiligung damit, dass ein günstigerer Sozialbeitrag geleistet werden muss, aber eben abhängig von den Einkünften.

Aktuell verändert sich die Arbeitswelt erheblich – digitale Plattformen, neue Medienformate, hybride Erwerbsformen, und Contentkreatoren, Influencer sind neue Berufe – und das verändert den Kultur- und Medienbereich doch massiv. Kreative Arbeit wird vielfältiger, projektbezogener und internationaler. Das hat natürlich auch Wirkung auf die Absicherung. Das heißt, es stellt sich nicht nur die Frage, was die Künstlersozialkasse heute kann, sondern auch, was sie künftig leisten muss. Die Künstlersozialkasse will auch in Zukunft ein verlässlicher Partner für selbstständig Kreative sein. Dazu gehören moderne digitale Verwaltungsangebote, eine gute Erreichbarkeit, transparente Verfahren und die Fähigkeit, neue Entwicklungen in der Kultur- und Kreativwirtschaft angemessen zu begleiten. Dabei geht es nicht nur um die sozia-

le Absicherung einzelner Personen, sondern auch um die Frage, welche Bedeutung Kultur, freie Medien und kreative Berufe künftig für unsere Gesellschaft haben sollen.

Wir tun alles dafür, moderner zu werden. Wir sind momentan in einer Transformation. Seit 2025 gehören wir in einen neuen Trägerverbund der Deutschen Rentenversicherung – Knappschaft-Bahn-See – in dem wir versuchen, uns durch Synergieprozesse moderner aufzustellen, eine bessere Erreichbarkeit zu schaffen und digitaler zu werden. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank! – Frau Mangold, Sie haben das Wort, bitte schön!

Lisa Mangold (ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft; Gewerkschaftssekretärin und Bereichsleitung Kunst und Kultur): Okay! Ich habe jetzt schon so ein bisschen weggestrichen, was Herr Tempel gesagt hat.

Erst mal das Wichtige: Die Künstlersozialkasse ist eine sozialpolitische und kulturelle Errungenschaft. Das ist auf jeden Fall klar. Und sie ist sehr wichtig für die selbstständigen Künstlerinnen und Künstler in Deutschland. Die Position, aus der ich spreche, Sie hatten es schon gesagt, ich bin Gewerkschaftssekretärin. Das heißt, es organisieren sich bundesweit 50 000 Kolleginnen und Kollegen aus dem abhängigen Beschäftigtenbereich. Das heißt, auch die Kolleginnen und Kollegen von den Gorki-Werkstätten, die jetzt sicherlich auch sehr angespannt zugehört haben, organisieren sich in ver.di. Das heißt, wir vertreten die Perspektive derjenigen, für die Ihre politischen Entscheidungen teilweise auch die Arbeitsplätze betreffen, wie bei den Kolleginnen und Kollegen des Gorki Theater. Ansonsten organisieren sich in ver.di auch zahlreiche Selbstständige aus der Logik der Künstlersozialkasse, dann sprechen wir von den Versicherten.

Der wirklich wichtige Punkt an der Stelle ist, Herr Tempel hat es gesagt, dass die Höhe der Einkommen trotz dieses Solidarsystems, dass die selbstständigen Künstlerinnen und Künstler anders als andere Selbstständige nur die Hälfte der Beiträge zahlen, natürlich von den Honoraren abhängt. Das heißt, Kürzungen in der Kultur können nicht damit kompensiert werden zu sagen: Na ja, die Kolleginnen und Kollegen sind ja in der Künstlersozialkasse –, denn niedrigere Honorare bedeuten direkt, dass weniger Sozialversicherungsbeiträge eingezahlt werden.

Wir wurden ein bisschen gebeten, Sie auch zu informieren, wie die Künstlersozialkasse funktioniert, um daraus aus Ihrer Perspektive politische Schlüsse zu ziehen. Als Vertreterin der Versicherten – ich bin selbst auch stellvertretendes Mitglied im Beirat der Künstlersozialkasse und im Widerspruchsausschuss Musik – höre ich immer wieder von Kolleginnen und Kollegen den Mythos, dass es sehr schwierig ist, in die Künstlersozialkasse zu kommen. Aus meiner Perspektive ist dieser Mythos nicht ganz gerechtfertigt. Im Prinzip, wer die gesetzlichen Voraussetzungen als Kreative erfüllt, muss aufgenommen werden. Das heißt, die KSK hat da überhaupt keinen Ermessensspielraum. Eine Schwierigkeit ist, dass einfach die Bearbeitungszeiten bei der Künstlersozialkasse enorm lang sind. Der Antrag ist relativ komplex. Wenn man in die Künstlersozialkasse aufgenommen werden möchte, nimmt man erst mal Kontakt mit der KSK auf, bekommt dann ein Antragsformular, und das ist einfach sehr komplex. Dann muss man auch für die Bearbeitung Zeit einrechnen, weil es da immer wieder zu Rückfragen kommt. Da die KSK an der Stelle auch durch eine unzureichende Finanzierung in der Digitalisierung ziemlich hinterherhängt, es wie auch in anderen Behörden hohe Krankenstän-

de gibt, ist häufig für die Versicherten die Konsequenz, dass sie lange auf eine Bearbeitung warten.

Ansonsten ist noch interessant zu wissen, dass es nicht in Stein gemeißelt ist, wer in Deutschland als Künstlerin und Künstler gilt; die Arbeitswelt verändert sich, so auch der Bereich der Arbeitswelt der Künstlerinnen und Künstler. Herr Tempel hat jetzt schon ganz automatisch die Influencerin, den Influencer genannt. Die waren lange kein Teil in der Künstlersozialkasse, weil es diesen Beruf nicht gab, sind es jetzt aber.

Auch noch mal wichtig, in einer Stadt, wo es ja auch den Laien- und Hobbybereich gibt: In der Künstlersozialkasse sind wirklich diejenigen, die erwerbsmäßig künstlerischer oder publizistischer Tätigkeit nachgehen oder diese Sachen unterrichten. Eine weitere Bedingung ist ein Jahresgewinn von 3 900 Euro. Das klingt erst mal willkürlich, das ist noch aus der Zeit, als das die Minijobgrenze war.

Wir hatten darüber gesprochen, woher das Geld kommt, also wie sich einerseits der Beitrag der Versicherten und der Bundeszuschuss von 20 Prozent zusammensetzen und dann die Künstlersozialabgabe der Verwerter. – Darüber können wir vielleicht in der Fragerunde sprechen, inwieweit sich auch verändert, wer eigentlich heute zu den Verwertern dazugehört und wer die Künstlersozialabgabe zahlen sollte.

Ansonsten möchte ich noch ein wichtiges Schlaglicht im Kontext der Künstlersozialkasse setzen, und zwar – ein bisschen plakativ gesprochen – ist es so, dass die Kolleginnen, die in der Künstlersozialkasse sind, bis zum 1. April umsonst gearbeitet haben. Wir sehen an den Daten von der Künstlersozialkasse, dass der Gender-Pay-Gap im Bereich der selbstständigen Künstlerinnen, die in der KSK sind, enorm hoch ist. Er liegt bei 25 Prozent. Da wir heute unter anderem auch noch das Thema bildende Kunst haben: In der bildenden Kunst liegt er bei 29 Prozent, und wir sprechen hier von sehr geringen Einkommen. Das Durchschnittseinkommen von Frauen, die der Künstlersozialkasse melden, ist 17 597 Euro und von Männern 23 483 Euro.

Da sich die Zeit zum Ende neigt – ich würde gern noch über die Digitalisierung und Plattformen sprechen, aber vielleicht tun Sie mir ja den Gefallen und fragen etwas dazu.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Dem Wunsch werden die Abgeordneten sicher nachkommen. – Vielen Dank!

Bevor wir zur Beratung und zu den Fragen an die Anzuhörenden kommen, wurde mir von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen signalisiert, dass der Abgeordnete Kurth, den ich schon eben dort gesehen – – – [Zuruf] – Beim nächsten Punkt möchte er sprechen, jetzt nicht? – Okay, wunderbar, dann nehme ich das zurück. Dann steigen wir direkt ein, und ich möchte zuerst Frau Dr. Schmidt das Wort erteilen. – Bitte schön!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Frau Mangold, Herr Tempel, für Ihre Ausführungen! Bei mir bleiben noch ein paar Fragen. Sie haben darauf verwiesen, dass viele der freischaffenden Künstlerinnen und Künstler im prekären Bereich arbeiten. Deshalb sind viele von ihnen gezwungen, Jobs anzunehmen, um die Miete zu bezahlen und den Kühlschrank zu füllen. Daher gerade an Sie, Herr Tempel, die Frage: Sind aus Ihrer Sicht die geltenden Regeln und Vorschriften ein Vorteil oder ein Hindernis für die häufig fragmentierten Berufs- und Einkommensbiografien von freischaffenden Künstlerinnen und Künstler, gerade bezogen auf diesen Mix von freischaffender Kultur und Jobs, um die finanziellen Notlagen zu überbrücken? Dazu hatten wir gerade letzte Woche eine Debatte mit Betroffenen, die immer sehr aufpassen müssen, dass sie nicht aus den Regelungen herausfallen, wenn sie gezwungen sind, ihre freischaffende Künstlerinnen- und Künstler-tätigkeit zu überbrücken.

Ein Gutachten des Bundesverbandes Freie Darstellende Künste zur Weiterentwicklung der KSK kommt zu dem Schluss, dass es dringend geboten ist, Erwerbslücken innerhalb der KSK zu schließen. Welche Aufgaben und Möglichkeiten sehen Sie, temporäre Einkommensprobleme, die in der Regel zur freien künstlerischen Tätigkeit gehören, besser abzufedern?

Dann hatten Sie, Frau Mangold, glaube ich, gesagt, dass die Gruppe der freischaffenden Künstlerinnen und Künstler immer wieder angepasst, erweitert wird. Wie sieht es im Moment mit den Kuratorinnen und Kuratoren, die wir gerade für die darstellenden, bildenden Künste haben, aus? Haben sie inzwischen auch die Möglichkeit, Teil der KSK zu werden? Wie sieht es mit der Gruppe von Schauspielerinnen und Schauspielern aus, die nicht zwingend solo selbstständig sind, sondern vielleicht darüber hinaus auch zu freien Gruppen gehören?

Laut einer Studie zur wirtschaftlichen und sozialen Lage von Soloselbstständigen und Hybridbeschäftigten in Kreativberufen lag der Median beim Jahreseinkommen 2023 bei 18 750 Euro, bei hybrider Erwerbstätigkeit bei 32 500 Euro. Wir haben gehört, dass wir durchaus eine ganze Reihe von Künstlerinnen und Künstlern haben, die deutlich geringere Einkommen haben. Frau Mangold, Sie hatten, glaube ich, 15 000 Euro genannt. Wie stellt sich da insgesamt die Tendenz dar? Ist sie unter den aktuellen Bedingungen eher steigend oder eher fallend?

Speziell ver.di, Frau Mangold, möchte ich gern fragen: Wie sieht es mit Regelungen aus, die freischaffende Künstlerinnen und Künstler in Fällen von Arbeitslosigkeit, längerer Krankheit, Erziehungszeiten, verminderten Einnahmen aufgrund von Care-Arbeit et cetera absichern? Was müsste aus Ihrer Sicht, Frau Mangold, getan werden, um hier die weitere Prekarisierung zu verhindern?

Zum monatlichen Median bei den Beiträgen zur Rentenversicherung: Er liegt im Moment bei 148 Euro. Das ist zu wenig, um im Alter halbwegs auskömmlich leben zu können. Welche Stellschrauben müssten aus Ihrer Sicht gedreht werden, um daran etwas zu ändern und die Altersarmut gerade für freischaffende Künstlerinnen und Künstler nicht vorzuprogrammieren?

Eine letzte Frage erst mal in dieser Runde: Nur circa 8 Prozent nutzen die Möglichkeit einer Absicherung über die freiwillige Weiterversicherung in der Arbeitslosenversicherung. Was sind da aus Ihrer Sicht die größten Hürden? Und was müsste getan werden, um das tatsächlich noch mal anders darzustellen? – So weit die Fragen, und dann freue ich mich erst mal auf die Antworten. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank, Frau Kollegin! – Frau Kühnemann-Grunow, bitte schön!

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich möchte mit Fragen an Herrn Tempel anfangen. Es ist schon angekommen, dass auch weitere Berufsgruppen kreativer Selbstständiger in die KSK aufgenommen werden. Da würde mich interessieren, welche Gruppen aktuell Schwierigkeiten haben, aufgenommen zu werden, obwohl sie faktisch kreativ arbeiten. Es ist ja das Thema Kreatorinnen, Kreatoren, Influencerinnen, Influencer und auch Podcaster angesprochen worden, also alles, was unter dem Stichwort Plattformökonomie, Social Media läuft. Wie geht die KSK mit solchen neuen Berufsgruppen um?

Dann zum Thema Nachwuchs: Wird es für junge Menschen attraktiver oder schwieriger, eine freiberufliche künstlerische Tätigkeit aufzunehmen? Und welche Rolle spielt die KSK dabei? Kann die da auch noch mal unterstützen?

Wir haben gehört, dass der Abgabesatz 2026 auf 4,9 Prozent sinken wird. Was sagt das über die wirtschaftliche Lage der KSK und auch der Kulturbranche aus? Wo sehen Sie die größten bürokratischen Hürden für Versicherte und Auftraggeber, und was würden Sie da gern vereinfachen?

Die Staatssekretärin hatte die Bundesratsinitiative angesprochen. Da würde mich noch mal interessieren, wie Sie diese Initiative zur Einführung einer vierten Säule bewerten.

Und vielleicht abschließend: Wenn es einen politischen Wunschzettel gibt, wenn Sie dem nächsten Bundeshaushalt oder dem Bundestag drei konkrete Wünsche mit auf den Weg geben könnten, welche wären das? – Welche Gefahr wird für die KSK in Berlin aktuell am meisten unterschätzt?

Zu Frau Mangold: Das ganze Thema Plattformen und auch das ganze Taxigewerbe und so weiter beschäftigt uns ja in vielen Ausschüssen. Wie generieren die Content-Kreatorinnen und -Kreatoren Geld, und wie kommt es da überhaupt zu einer KSK-Abgabe? Wie wird das errechnet? Es gibt da ja sehr große Unterschiede, also Influencer, die mit dem, was sie tun, eine ganze Menge Geld verdienen, und andere, die vielleicht weniger verdienen. – Wie sieht es mit dem Widerspruchsausschuss Musik aus? Da sind Sie ja aktiv. Was ist die Rolle des Widerspruchsausschusses? Und was sind die häufigsten Widerspruchsfälle, die in dem Ausschuss behandelt werden? – Die Künstlersozialkasse verfügt ja über umfassende Daten über die Ein-

kommen ihrer Mitglieder. Können Sie da vielleicht sagen, was sich aus diesen Zahlen für die Einkommenssituation von selbstständigen Kreativen schließen lässt, also welche Rückschlüsse sich daraus noch mal ergeben?

Vielleicht an Sie beide: Wir haben in den verschiedensten Ausschüssen immer wieder das Thema KI. Wie wirken sich im weitesten Sinne künstliche Intelligenz, KI-Modelle auch auf die aktiven Künstler aus? Und was hat das letztendlich für Folgen für die Künstlersozialkasse? – So weit erstmals. Das sind eine ganze Menge Fragen gewesen. Ich hoffe, Sie konnten die alle mitplotten. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank, Frau Abgeordnete! – Herr Kollege Dr. Juhnke, bitte schön!

Dr. Robbin Juhnke (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – In der Tat sind schon einige Fragen gestellt worden, weshalb ich mich auf zwei, drei Punkte konzentrieren kann.

Es ist bereits angesprochen worden, dass Digitalisierung die ganzen Berufszweige verändert, dass die Berufsbilder in ständiger Bewegung sind. Wie wird eigentlich entschieden, wer die KSK in Anspruch nehmen darf? Gibt es da ein Gremium? Welche Strukturen, welche Prozesse sind da notwendig, um ein solches Berufsbild oder andere Dinge zu definieren und dann auch entsprechend zu sagen, was da beinhaltet ist und was nicht?

Dann hatten wir in der Tat die vierte Säule, die Absicherung in der Arbeitslosigkeit, bereits angesprochen. Wie beurteilen Sie das, gerade beim Thema Selbstständigkeit, das ja an sich immer im Widerspruch zur Altersversorgung oder besser gesagt zur Arbeitslosenversicherung steht. Ist das ein Systembruch? Wie kann man das damit intellektuell von der Argumentation her überbrücken?

Das Herrenberg-Urteil und die Honorarkräfte-situation haben uns alle schon seit Langem beschäftigt. Wir in Berlin haben jetzt die ersten Schritte unternommen, um bei den Musikschulkräften stärker zu Festanstellungen zu kommen. Welche Entwicklung sehen Sie für die KSK insgesamt durch diese ganzen Fragestellungen, die sich durch dieses Urteil gestellt haben? – Vielen Dank!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank! – Frau Abgeordnete Billig, bitte schön!

Daniela Billig (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – So wichtig die KSK und eine angemessene Sozialversicherung für die Künstlerinnen und Künstler auch ist, geht heute mein Fokus eher auf den TOP 4 und auf die Sachverhalte, die wir in Berlin in der Landesverantwortung haben. Deswegen habe ich auch nur ganz wenige Fragen, und zwar an den Senat: Was haben wir als Land Berlin, was haben Sie überhaupt für Möglichkeiten, auf die KSK einzuwirken, unsere speziellen Bedürfnisse oder die unserer Künstlerinnen und Künstler in die Debatte einzubringen?

Und an die Vertreterin von ver.di hier aus der Debatte: Welche Voraussetzung für den Grundrentenzuschlag gibt es? Und erreichen die Berliner Künstlerinnen und Künstler den überhaupt? – Das würde mich interessieren. – Danke schön!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank! – Frau Abgeordnete Wolff, bitte schön!

Dunja Wolff (SPD): Vielen Dank! – Ich möchte ganz gern nur eine Zusatzfrage zur Künstler-sozialkasse stellen: Hilft der Künstlersozialkasse oder denjenigen, die einzahlen, die an einer Bühne tätig sind, unter anderem auch, dass es seit 2017 die freiwilligen Beiträge der Versorgungsanstalt der deutschen Bühnen gibt? Das ist ja auch noch mal ein Beitrag, der kann oder muss – bei Angestellten an Bühnen – eingezahlt werden. Inwieweit würde das noch zum Tragen kommen, und wird das zumindest an den Bühnen publik gemacht? – Danke!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank, Frau Abgeordnete! – Herr Abgeordneter Eschricht, bitte schön!

Robert Eschricht (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Auch vielen Dank, Herr Tempel und Frau Mangold! Das waren sehr interessante Beiträge.

Ich habe ein paar Zahlen gesehen, dass die gemeldete Honorarsumme im Jahr 2024 in der Summe 6,5 Milliarden Euro seien. Bei in der Summe knapp 180 000 Versicherten würde das ungefähr im Schnitt 35 000 Euro pro Jahr an Umsatz ausmachen. Eine andere Zahl, die ich gefunden habe, ist aber über alle Bereiche – Wort, Darstellende Kunst, bildende Kunst, Musik – nur ein Jahreseinkommen von 21 000 Euro brutto, was nicht mal 2 000 Euro brutto im Monat sind. Welche der beiden Zahlen ist denn realitätsgerecht?

Wie hoch schätzt die KSK die Zahl der Abgabepflichtigen, aber nicht erfassten Verwerter im Land Berlin, also quasi die Dunkelziffer? Wie belastbar wären solche Schätzungen?

Und vielleicht als letzten Punkt an Frau Mangold: Sie hatte den Gender-Pay-Gap angesprochen. Wenn ich das richtig verstanden habe, ist die KSK für Selbstständige gedacht. Das heißt, anders als bei einer Verbeamtung oder bei einem Angestelltenverhältnis gibt es so etwas wie einen Gender-Pay-Gap auf einem freien Markt ja nicht wirklich, weil es da stark durch die Eigenverantwortlichkeit des Unternehmers getragen ist. Oder irre ich mich da? Dann korrigieren Sie mich gern. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank, Herr Abgeordneter! – Jetzt kommen wir zur Beantwortung der Fragen durch die Anzuhörenden beziehungsweise durch den Senat. Ich frage zuerst Frau Mangold: Wie wollen wir es halten? Wie beim letzten Mal, oder möchten Sie anfangen? – Ja, gut! – Herr Tempel, wenn Sie mögen, dann dürfen Sie gern, bitte schön!

Marco Tempel (Künstlersozialkasse) [zugeschaltet]: Ja, sehr gern! Vielen Dank für die Fragen! Ich hoffe, ich kann meine Schrift gleich noch lesen. Viele Fragen, ich hoffe, ich vergesse keine Fragen zu beantworten.

Wie gehen wir damit um, dass weitere Berufsgruppen hinzukommen? – Wir haben eine gewisse Dynamik, eine Veränderung, auch auf dem Markt im Kreativbereich, Arbeitsmarkt. Welche Schwierigkeiten gibt es – ich glaube, so ähnlich war es formuliert –, obwohl die Tätigkeit kreativ ist? – Wenn sie im Grunde genommen kreativ ist, einen eigenschöpferischen Anteil hat und man zum Gesamtbild kommt: Das ist eine künstlerische Tätigkeit, dann dürfte es dahingehend keine weiteren Probleme geben. Bei einer Neuentwicklung ist das eben schwierig. Frau Mangold hat das gerade aufgezeigt, wir versuchen, uns mithilfe eines sehr

komplexen Fragebogens ein Bild von der Tätigkeit zu machen und zu beurteilen, ob es eine künstlerische Tätigkeit ist, wie gesagt, mithilfe des Fragebogens, mithilfe von irgendwelchen Unterlagen, die beigebracht werden, auch mithilfe der Unterstützung des Beirats, in dem aus allen Bereichen der Kunst Expertise kommt, die uns einfach hilft, solche Beurteilung vorzunehmen. Manchmal ist es einfacher, wenn die Tätigkeit eindeutig ist, manchmal können auch selbst die Künstlerinnen und Künstler nicht ganz eindeutig einordnen, in welchem Bereich die Tätigkeit für sie genau zu benennen ist. Dann gilt es herauszufinden, was die künstlerische Tätigkeit ist.

Das spiegelt sich auch in der Weiterentwicklung, zum Beispiel im Bereich KI. Inwieweit wirkt sich KI aus? – Ich würde jetzt nicht sagen, dass die Tatsache, dass KI genutzt wird, zwangsläufig bedeutet: Wir sehen darin keine eigenschöpferische Arbeit, sondern KI ist dann unter Umständen auch ein Werkzeug, ein Hilfsmittel. Mir hatte mal ein Maler sehr eindrucksvoll aufgezeichnet, wie er selbst mithilfe von KI künstlerische, eigenschöpferische Leistung erbracht hat. KI vernichtet dahingehend, noch nicht erkennbar, Arbeitsplätze, in anderen Bereichen schon, wenn wir mal sehen, dass Tätigkeitsfelder wegfallen. Bei Synchronsprechern und auch in anderen Bereichen haben wir eine große Schwierigkeit, aber generell machen wir das anhand des Fragebogens.

Zu der Frage: Welche größeren Hürden gibt es überhaupt für Künstlerinnen und Künstler? – Da ist zum einen sicherlich die Tatsache, dass es einen Vordruck gibt, die Laufzeiten, Frau Mangold hat völlig recht, sind sehr lang, und das ist für die Versicherten sehr schwer nachzuvollziehen. Es hat ja auch eine wichtige Bedeutung für sie. Das, glaube ich, sind fast die größten Hürden.

Zur Frage: Wie bewerte ich die vierten Säule? – Es ist für meine Begriffe völlig nachvollziehbar, dass man über diese weitere Absicherung nachdenkt, schwierig wird es vielleicht dahingehend, dass die KSK kein Sozialversicherungsträger in dem Sinne ist, dass sie Leistungen erbringt. Sie gibt aktuell die Beiträge für die Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung an andere Träger weiter. Das würde einerseits eine Veränderung bedeuten; ein zweites Thema in dem Kontext ist sicherlich auch die Finanzierung.

Wie soll die Finanzierung erfolgen? – Das ist sicherlich eine weitere Frage. Momentan haben wir eine Künstlersozialabgabe zur Abdeckung der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge. Die beträgt 4,9 Prozent. Das ist sicherlich ein Thema, das dort eine wichtige Rolle spielt.

Zu der Frage zu den Honorarsummen: Einerseits haben wir auf der KSK-Seite abgebildet, dass wir von den Unternehmen Beiträge in Höhe von 6,5 Milliarden Euro Honorar einziehen. Auf der anderen Seite haben wir die 183 000 Versicherten in Medien, also wir haben im Durchschnitt Arbeitseinkünfte in Höhe von 21 336 Euro. Der Unterschied liegt auch daran: Das eine sind die nachgewiesenen Belege von Unternehmen, die auf die Beiträge gezahlt werden, und das andere basiert auf Schätzeinkommen der Selbständigen, was von einer bürokratisch einfachen Lösung und einen besseren Umgang mit den Versicherten herrührt.

Wir haben im Rahmen der Bühnentätigkeiten noch freiwillige Beiträge der Versorgungsanstalten. Dazu wird Frau Mangold sicherlich gleich noch mehr sagen. Das ist aber keine Zahl für sich, das steht nicht in Zusammenhang. Hier geht es um eine Art der Betriebsrente und

wird in keiner Form berücksichtigt, angerechnet oder sonst etwas. Das ist eine eigenständige, weitere Absicherungsform.

Was den prekären Bereich angeht: Wie gut findet die Bewertung durch die KSK in dem Zusammenhang statt? – Ich versuche mir jetzt grade ein Bild von dem zu machen, was ich hier aufgeschrieben habe, Entschuldigung! – In der Sozialversicherung ist es so, dass immer auf die jeweilige Tätigkeit geschaut wird, einzig und allein die typische Tätigkeit. Wir schauen, ob es eine abhängige Beschäftigung ist, in dem Fall wird geprüft: Versicherungspflicht zur Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung, beispielsweise im Bereich der Deutschen Rentenversicherung. Wenn es sich um eine selbständige künstlerische Tätigkeit handelt, schauen wir darauf: Gibt es noch eine selbständige Tätigkeit, die nicht kreativ ist? Dann ist sie außerhalb des Sicherungssystems, und wir schauen auch darauf, wenn es hybride Beschäftigung gibt. Wir haben es ja mit Soloselbstständigen zu tun. Es wurde vorhin schon mal darauf hingewiesen, dass oftmals, um den Lebensunterhalt verdienen zu können, die Einkünfte aus der einen Tätigkeit nicht ausreichen, und es erforderlich ist, aufgrund von Projektarbeiten und anderem, weitere Beschäftigung auszuüben. Und ich frage mich tatsächlich, ob die Beurteilung nur anhand der jeweils einzelnen Tätigkeit – ob Versicherungspflicht vorliegt, ja, nein? – hinreichend ist, weil oftmals die Tätigkeit eines Künstlers, genau diese hybride Tätigkeit, die Alltagssituation darstellt, manchmal verschiedenste Tätigkeitsformen hintereinander oder parallel nebeneinander. Hierauf müsste es vielleicht noch bessere Antworten geben, als es momentan möglich ist.

Im Hinblick auf das Herrenberg-Urteil ist ja eine gesetzliche Weiterentwicklung geplant. Ich verspreche mir davon, dass, wenn es einen Referentenentwurf gibt, auf den wir uns stützen und damit erreichen können, dass die Kriterienbildung und Abgrenzung zwischen abhängiger Beschäftigung und selbstständiger Tätigkeit leichter und eindeutiger wird und mehr Möglichkeiten für die Künstlerinnen und Künstler geschaffen werden und auch für die, die auch selbstständig versichert oder selbstständig sein wollen, aber auch die Freiheiten der Unternehmen mitberücksichtigt werden. Noch fehlt es aber an dem entsprechenden Entwurf, und von daher bin ich gespannt. – Ich hoffe, dass ich jetzt nicht allzu viel vergessen habe, sonst gern nachfragen!

Drei Wünsche hatte ich noch. Der Bundeszuschuss ist ja ein Teil der Absicherung, und das wirkt sich auch auf die Verwaltungskosten der Künstlersozialkasse aus. Was ich mir wünsche, ist, dass wir bei dem Ziel Unterstützung erfahren, uns zu modernisieren, digitaler zu werden, dass wir in die Lage versetzt werden, mit hinreichend Ressourcen genau das zu machen. Wir sind gerade dabei, ein neues IT-System zu schaffen und arbeiten an vielen verschiedenen Dingen, die für die Künstlerinnen, Künstler und Publizistinnen und Publizisten einen Mehrwert schaffen. Das ist mir jetzt wirklich sehr wichtig. Neben dem, worauf ein Anspruch besteht, dass man die Versicherungspflicht feststellt, dass man die Beiträge einbehält und weiterführt, sind wir verpflichtet, auch diesem Servicegedanken zu folgen, dass wir für die Künstlerinnen und Künstlern auch da sind, dass wir auch dafür da sind, unsere Serviceangebote zu erweitern, modern zu gestalten. Dafür brauchen wir sicherlich eine finanzielle Unterstützung und auch die Bereitschaft. Wenn man eine neue IT schafft, bedeutet das erst mal eine Investition. Es dauert eine kleine Weile, bis sich daraus auch Einsparungen ergeben. Da wünsche ich mir einfach noch Planbarkeit, aber ich baue auch darauf, dass wir die entsprechende Unterstützung bekommen. Das wären meine drei Wünsche.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank, auch mit den drei Wünschen! Ich hoffe, die sind im richtigen Ohr angekommen. – Frau Mangold, Sie haben das Wort, bitte schön!

Lisa Mangold (ver.di): Ich finde, die Fragerunde hat noch mal ganz gut gezeigt – so geht es mir selbst auch bei der Künstlersozialkasse – : Das grobe Prinzip ist sehr leicht zu verstehen, aber das Trickreiche liegt dann im Detail. Das ist, finde ich, auch bei der Frage zu den Plattformen total relevant. Erst mal ganz allgemein: Es ja so, dass Unternehmen, die die Leistung von selbstständigen Künstlerinnen, Künstlern oder Publizistinnen, Publizisten in Anspruch nehmen, die Künstlersozialabgabe zahlen müssen. Man kann ganz klar sagen, dass das bei den User-Generated Content Plattformen auf jeden Fall der Fall ist. Diese Plattformen generieren also durch die Arbeit von selbstständigen Kreativen, die ihre Werke dort teilen, in der Regel über Werbeeinnahmen selbst ja auch Geld. Bislang ist es – Herr Tempel, ich fühle mich jetzt ein bisschen wie bei einer Prüfung als neues Mitglied im KS- Beirat, ich hoffe, ich sage das alles richtig – auf jeden Fall so, dass die Plattformen eigentlich in aller Regel keine KSK- Abgabe zahlen. Da müssen wir auf jeden Fall etwas ändern. Da ist auch die Politik in der Verantwortung. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung ist festgehalten, dass die digitale Verwertung von künstlerischen Werken in die Künstlersozialkasse einzubeziehen ist. Auch die Künstlersozialkasse mit Unterstützung durch den Beirat und vielen Kreativen ist jetzt gerade dabei gewesen, erst mal zu evaluieren, was selbstständige Publizistinnen, Publizisten und Künstlerinnen und Künstler eigentlich selbst über diese Plattformen verdienen, und dann auch, was die Plattformen über die Künstlerinnen und Künstler verdienen. Da ist auf jeden Fall politischer Handlungsbedarf, und so, wie es jetzt gerade ist, kann es nicht bleiben.

Dann möchte ich einleiten zu der Arbeitslosenversicherung: Aus gewerkschaftlicher Perspektive finde ich sehr wichtig, dass wir hier nicht noch ein weiteres Sondermodell für selbstständige Kreative schaffen, was die Arbeitslosenversicherung für Selbstständige angeht. Da würde ich erst mal ganz allgemein sagen: Im Moment ist es so, dass es für Selbstständige sehr schwierig ist, in die Arbeitslosenversicherung reinzukommen, weil die Bedingungen einfach sehr hoch sind. Das muss sich auf jeden Fall verändern. Also Kolleginnen, Kollegen, die selbstständig arbeiten und davor noch nicht in der Arbeitslosenversicherung waren, müssen eine Möglichkeit haben, in die Arbeitslosenversicherung reinzukommen, und der Beitrag in der Arbeitslosenversicherung muss wirklich an den verschiedenen Einkommen gemessen werden. Das ist im Moment nicht so, und das bedeutet einfach eine große Benachteiligung und fehlende Absicherung für Selbstständige. Das sehe ich auch im Bereich der kreativen Arbeit. Inwieweit dann so was wie Kurzarbeitergeldmodelle oder Ähnliches weiterzuentwickeln sind, um diese Phasen auch von fehlenden Einkünften zu kompensieren, ist eine sehr interessante Fachdebatte, wo es, finde ich, auch gute Ansätze gibt. Ich glaube nur, dass der Weg, rein über die Künstlersozialkasse, ein Sonderweg ist, der einfach in der Praxis nicht funktionieren wird.

Zu den Zahlen: Die Künstlersozialkasse ist wirklich ein toller Datenschatz, da die Kolleginnen und Kollegen selbst ihre geplanten Einkommen für das Jahr melden und auch immer wieder nachmelden. Ich hatte vorhin schon gesagt: Was wir deutlich sehen, ist dieser massive Gender-Pay-Gap. Auch da, ganz klar: Das Patriarchat macht vor der Freien Szene keine Pause, sogar ganz im Gegenteil. Dort, wo Tarifverträge gelten, in Deutschland vor allem oder ausschließlich im Bereich der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, gibt es einen geringeren Gender-Pay-Gap. Ein Gender-Pay-Gap entsteht dann, wenn es eine Unsicherheit gibt, wenn informelle Machtnetzwerke wirken, wenn es um eine individuelle Honorarverhandlung geht,

wenn es quasi Männerbündnisse sind, wo Aufträge vergeben werden. Die zunehmenden Kürzungen erhöhen den Druck auf die Kolleginnen und Kollegen im Kulturbereich, und es gibt ein stärkeres Ausspielen gegeneinander. Personen, die sowieso schon nicht so gut im Verhandeln sind oder die Erfahrung gemacht haben, dass sie nicht so hohe Honorare bekommen, fordern noch weniger Honorare ein.

Ich würde also sagen, die Freie Szene in der Kultur ist wirklich ein Hort des Gender-Pay-Gaps, und auch da muss politisch reingegangen werden.

Noch zu den Honorarentwicklungen: Die Honorare sind minimal gestiegen, allerdings in überhaupt keinem Verhältnis, Richtung Inflationsausgleich oder Ähnliches. De facto haben die Kolleginnen und Kollegen im freien Kulturbereich am Monatsende weniger im Portemonnaie als noch vor einem Jahr oder zwei, drei, vier oder fünf Jahren.

Ich wurde noch zum Widerspruchsausschuss befragt: Es ist ja so, wenn ein Bescheid oder ein Teil des Bescheids von der KSK abgelehnt wird, haben die Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit, einen Widerspruch einzureichen. Diese werden dann von der KSK sehr gewissenhaft bearbeitet und landen im Widerspruchsausschuss der jeweiligen Gruppe. Ich bin in der Gruppe Musik. Dort ist dann ein Mitarbeitender der Künstlersozialkasse, ein Vertreter der Versicherten und ein Vertreter der Verwerter. – Ich finde es ein bisschen unhöflich, wenn Sie sprechen, während ich spreche, vielleicht müssen Sie noch das Patriarchat reflektieren. – In diesem Widerspruchsausschuss schauen wir uns jeden Fall an. Was immer wieder auftaucht, ist, dass Kolleginnen und Kollegen Anfang des Jahres ein bestimmtes geplantes Einkommen bei der Künstlersozialkasse melden und dann im Laufe des Jahres merken: Okay, dieses Einkommen werde ich nicht erhalten –, und das dann rückwirkend korrigieren wollen. Es ist total wichtig, dass rückwirkend nicht geht, es geht immer nur in die Zukunft blickend. Dadurch kommt dann bei den Kolleginnen und Kollegen dieser Effekt heraus, dass sie das Gefühl haben, sie haben jetzt zu hohe Sozialbeiträge gezahlt, weil sie ein zu hohes Einkommen gemeldet haben. Da glaube ich, hilft es auch total, einfach aufzuklären, wie das System funktioniert.

Ich bin ja im Widerspruchsausschuss Musik, und da ist es einfach so, dass manche Tätigkeiten im Bereich der Musik beziehungsweise des Musikunterrichtens nicht in den Bereich der Künstlersozialkasse gehören und die Kolleginnen und Kollegen deswegen abgelehnt werden. Das finde ich jetzt auch einen guten Schwenk zum Herrenberg-Urteil. Wir sehen ganz klar: Wenn Musikschullehrerinnen und -lehrer langfristig sicher abgesichert werden sollen, müssen sie abhängig beschäftigt werden. Das ist an der Stelle einfach total klar, weil manche Tätigkeiten aus dem Musikschulbereich im Moment auch nicht von der Künstlersozialkasse gedeckt sind, weswegen aus meiner Perspektive eine Festanstellung da die einzige Lösung ist.

Mir fehlt auch ein bisschen die Fantasie, wie das jetzt bei dieser Weiterentwicklung so ausgestaltet werden soll, dass eine Arbeit an Musikschulen zukünftig auf Honorarbasis stattfinden soll, denn ich kann mir, auch wenn jetzt die unternehmerische Freiheit ein größeres Kriterium wird, einfach nicht vorstellen, wie der Unterricht ausgestaltet sein kann, dass das als Kriterium zieht.

Zu der Frage zu KI hat Herr Tempel schon ein bisschen was gesagt. Was ich da immer noch ganz interessant finde, die Künstlersozialkasse hat ja auch an einer anderen Stelle immer wieder eine Entscheidung zu treffen, nämlich was ist Handwerk und was ist kreative Arbeit? Zum Beispiel im Widerspruchsausschuss habe ich immer im Kopf zu sagen: Na ja, auch dann, wenn eine Kollegin in Fachkreisen als Künstlerin anerkannt ist, also wenn klar ist, sie arbeitet hier nicht handwerklich, sondern sie arbeitet wirklich künstlerisch. Ähnlich finde ich auch den Einsatz von KI: Wie weit wird KI als Instrument genutzt oder ersetzt eigentlich den künstlerischen Prozess, und wir haben dann irgendwie ein KI-generiertes Werk, wo wenig künstlerische Tätigkeit dahinter stand? Das ist natürlich ein sehr spannendes Feld, wo sowohl die

Künstlersozialkasse als auch die Kreativen, denke ich, in nächster Zeit sehr viel lernen werden.

Was wir auch sehen, ist, dass manche Berufsgruppen kleiner werden. Bei den literarischen Übersetzerinnen und Übersetzern in der KSK geht die Zahl zurück, weil da einfach ganz klar ist, dass Aufträge verlorengehen, weil Verlage oder andere Auftraggeberinnen mit KI maschinelles Übersetzen einfach selbst machen und dann Post-Editing-Aufträge vergeben, die nicht mehr in künstlerischer Arbeit sind und damit die literarischen Übersetzerinnen und Übersetzer ihre Jobs verlieren.

Vielleicht noch zur Versorgungsanstalt deutscher Bühnen: Das ist eine ganz tolle Sache, das ist eine berufsständische Pflichtversicherung, allerdings für abhängig Beschäftigte, die unter den Tarifvertrag NV Bühne fallen, hat also mit der Künstlersozialkasse in dem Sinne nichts zu tun, aber ebenfalls eine wichtige Errungenschaft.

Wir veröffentlichen jetzt von ver.di Kunst und Kultur in den nächsten Wochen Erklärvideos zur KSK. Ich habe heute schon eines veröffentlicht. Wenn Sie da noch Detailinteresse haben, können Sie sich meine Worte in den nächsten Wochen noch öfters anhören. – Ich glaube, dann habe ich alle Fragen beantwortet.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank! – Weitere Fragen sehe ich nicht. Die Senatsseite hat jetzt auch keinen Bedarf mehr. – Dann bleibt mir nichts anderes übrig, als Ihnen für die Teilnahme der heutigen Sitzung zu danken, sehr geehrte Frau Mangold, sehr geehrter Herr Tempel, vielen Dank!

Ich schlage vor, dass wir den Punkt 3 abschließen. – Ich höre keinen Widerspruch. Wunderbar! Dann verfahren wir so. – Liebe Frau Mangold, Herr Tempel, Sie sind herzlich eingeladen, unserer Sitzung noch weiterhin beizuwohnen, Sie können natürlich auch gern Ihren Tagesgeschäften nachgehen. Vielen Dank nochmal für Ihre Teilnahme und Ihr Engagement! Ihnen noch einen schönen Tag!

Dann kommen wir jetzt zu

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0347](#)
Künstlerische Produktions- und Präsentationsorte erhalten: Aktueller Sachstand, zukünftige Rolle der KRB und GSE, sowie allgemeine Perspektiven für das Berliner Arbeitsraumprogramm
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) KultEnDe
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0360](#)
Aktuelle Situation Arbeitsräume für Künstler:innen, Arbeitsraumprogramm und drohender Verlust von Arbeitsräumen durch auslaufende Mietverträge
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) KultEnDe

Hierzu: Anhörung

Ich gehe davon aus, dass wir auch hier wieder ein Wortprotokoll anfertigen sollen. – Ich sehe das Nicken, sehr gern, Frau Abgeordnete Billig! Dann verfahren wir so. Mir wurde von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen signalisiert, dass der Abgeordnete Kurth, der hier anwesend ist, gern ein Rederecht eingeräumt bekommen möchte, obwohl die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vollzählig ist. Dann hat er kein Stimmrecht, aber ein Rederecht. Gibt es da Widerspruch Ihrerseits? – Das ist nicht der Fall. Dann bedanke ich mich dafür und begrüße Sie auch mit Ihrem Rederecht herzlich hier im Ausschuss!

Als Anzuhörende begrüße ich auf das Herzlichste Frau Andrea Bauer; sie sitzt in der Geschäftsführung der Kulturinitiative Förderband gGmbH, Frau Julia Brodauf und Herrn Lennart Siebert; sie sind beide Atelierbeauftragte für Berlin im kulturwerk des bbk berlin, Herrn Daniel Brunet; Sprecher für die darstellenden Künste der Koalition der Freien Szene, Herrn Moritz Sadowski vom Team Raumbüro Freie Szene, Herrn Dirk Förster; Geschäftsführer von Kulturraum Berlin gGmbH, und last but not least Herrn Philipp Strohm; Geschäftsführer bei der GSE – Gesellschaft für StadtEntwicklung gGmbH. – Herzlich willkommen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wiederhole mich ungern, denken Sie an meinen kleinen Hinweis: Fasse Dich kurz, damit unsere Anzuhörenden gut zu Wort kommen können! Die Anzuhörenden sind auch darauf hingewiesen worden, dass die Sitzung live auf der Webseite des Abgeordnetenhauses gestreamt wird und eine Aufzeichnung ebenfalls auf der Webseite aufzurufen sein wird. Ich gehe davon aus, dass Sie mit diesem Prozedere auch einverstanden sind. – Ich höre da keinen Widerspruch. Dann verfahren wir in der Sache so, danke schön!

Dann kommen wir zur Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 4 a und 4 b durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, und die Frau Abgeordnete Billig bittet um das Wort. – Das erteile ich Ihnen hiermit sehr gern, bitte schön!

Daniela Billig (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich werde versuchen, mich kurz zu fassen, aber ich möchte gern trotzdem ein paar Eckpunkte ansprechen. Wir haben in den letzten Jahren sehr viele Ressourcen in das Arbeitsraumprogramm gesteckt, und zwar nicht nur finanzielle, sondern – die Kolleginnen Kühnemann-Grunow und Schmidt erinnern sich – wir haben uns lange damit beschäftigt, wie wir das Arbeitsraumprogramm auf sichere Füße stellen, weil es uns einfach wirklich wichtig gewesen ist. Das ist die Grundlage des Erfolgs von Berlin als Kulturhauptstadt, und das ist eine Struktur, die wir in den letzten Jahrzehnten sogar für die verschiedenen Sparten geschaffen haben. Wir haben auch schon bei vielen Besuchen oft festgestellt, dass das Arbeitsraumprogramm die Arbeit der Künstlerinnen und Künstler an vielen Stellen überhaupt erst möglich macht, deswegen auch diese Wichtigkeit für Berlin.

Wir konnten uns ja auch schon häufiger davon überzeugen, deswegen auch mein Dank an die Künstlerinnen und Künstler und an die Kulturräum und an das Atelierbüro – dass Sie uns immer wieder vorführen, was für Arbeitsräume es gibt, was darin gemacht wird, und wir jedes Mal auch merken, wie wichtig es ist – und auch für die vielen Mails, die wir immer wieder bekommen, wo wir von den Künstlerinnen und Künstlern eine Beschreibung ihres Arbeitsalltags bekommen und immer wieder klar wird, was das überhaupt bedeutet. Vor dem Hintergrund verstehe ich, um ganz ehrlich zu sein, nicht, warum überhaupt an dem Programm so stark gespart wird. Ich verstehe auch nicht, warum es so viele Probleme gibt, zum Beispiel, warum alte Verträge gekündigt werden oder immer wieder vor dem Aus stehen, da die alten Verträge häufig deutlich günstiger sind, warum dann neue Verträge abgeschlossen werden, warum die Entsperrung der Verpflichtungsermächtigung nicht funktioniert.

Um dem allem hier noch mal auf die Spur zu kommen, haben wir die Besprechungspunkte auf die Tagesordnung gesetzt. Ich danke an der Stelle auch noch mal den Anzuhörenden, die in sehr großer Zahl gekommen sind. Ich denke, das unterstreicht auch noch mal die Relevanz dieses Themas.

Zum Schluss der Begründung noch mal den wirklich starken Appell an den Senat, jetzt alle Verpflichtungsermächtigungen zu entsperren, jetzt sofort, nicht nur an den Senat, auch an die Koalition hinsichtlich Hauptausschuss, denn wir haben, wenn ich das richtig im Kopf habe, noch zwei oder drei Hauptausschusssitzungen, ich glaube drei, bevor gewählt wird, und dann für eine ganz lange Zeit nichts mehr. Wahrscheinlich wird es für ungefähr ein halbes Jahr keine Hauptausschusssitzung mehr geben, also keine Möglichkeit, Verpflichtungsermächtigungen zu entsperren. Bitte bekommen Sie das auf die Reihe! Das ist wirklich irre wichtig, damit hier nicht Infrastruktur zusammenbricht und Sie sich das nachher nicht auf die Fahne schreiben müssen, dass es dann dadurch nicht geklappt hat, weil Sie das nicht rechtzeitig auf dem Schirm hatten. Also bitte haben Sie es auf dem Schirm und sorgen Sie dafür! – Danke schön!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank, Frau Abgeordnete! – Frau Dr. Schmidt, Sie möchten den Besprechungsbedarf zu Punkt 4 bestimmt noch ergänzend begründen. – Sie haben das Wort, bitte schön!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Ich fasse mich auch ganz kurz, da meine Kollegin ja vieles gesagt hat. Ich hoffe nicht, dass wir bis zur nächsten Hauptausschusssitzung ein halbes Jahr brauchen, sondern dass das schneller geht. Nichtsdestotrotz werden wir eine längere Phase

haben, wo aus dem Parlament heraus keine Entscheidungen getroffen werden können. Natürlich wird die Verwaltung weiterarbeiten, das ist ja unstrittig, gar keine Frage, aber bei bestimmten Sachen braucht es die Entscheidung des Parlaments. Deswegen habe ich heute die Bitte, ich glaube, die Situation ist allen vertraut, wir brauchen da nicht in die Tiefe gehen: Wir sollten uns heute über Lösungen verständigen, wie wir sie brauchen, weil jetzt tatsächlich akut einige Standorte gefährdet sind. Eine hat meine Kollegin schon angesprochen. Wir brauchen wirklich eine schnelle Lösung für die Verpflichtungsermächtigungen oder alternative Lösungen, damit wir tatsächlich auch über den Zeitraum längerfristige und langfristige Mietverträge abschließen können. Das ist einfach ein wichtiger Punkt. Ich will es gar nicht weiter ausführen, sondern lassen Sie uns wirklich bei Lösungen nach vorn schauen!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank, Frau Abgeordnete! – Nun erteile ich der Frau Staatssekretärin das Wort für eine einleitende Stellungnahme des Senats. – Bitte schön, Frau Staatssekretärin!

Staatssekretärin Cerstin-Ullrike Richter-Kotowski (SenKultGZ): Lassen Sie mich vor allen Dingen am Anfang betonen – ich glaube, Frau Billig hat das auch schon gesagt –, dass das Arbeitsraumprogramm des Landes Berlin in seiner Form einzigartig und über viele Jahre gewachsen ist. Dass es dieses Programm gibt, verdanken wir dem gemeinsamen Engagement und der Unterstützung aller Beteiligten. Ich komme ganz zum Schluss meines Beitrags darauf auch noch mal zurück. Deswegen begrüße ich es ausdrücklich, dass Sie sich heute noch einmal die Zeit genommen haben, damit wir uns gemeinsam ein verlässliches Bild der Lage machen können. Die aktuellen Herausforderungen sind immens, und wir werden ihnen nur begegnen können, wenn wir weiterhin eng und kooperativ zusammenarbeiten.

Zur Wahrheit gehört aber auch, das Arbeitsraumprogramm befindet sich weiterhin in einer Phase der grundlegenden Konsolidierung, Frau Billig hatte es gesagt, das ist ein längerer Prozess, und ich begleite ihn jetzt seit fast auf den Tag genau einem Jahr und kann Ihnen sagen, dass es einen Großteil meiner Arbeitszeit in Anspruch nimmt. Unsere zentrale und dringendste Aufgabe ist, den Bestand von Ateliers und Proberäumen bestmöglich zu erhalten. Das ist eine enorme Kraftanstrengung in einer Situation, die uns von zwei Seiten unter Druck setzt. Auf der einen Seite erleben wir steigende Miet- und Bewirtschaftungskosten, und auf der anderen Seite haben wir die uns vom Abgeordnetenhaus zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel. Um das Programm unter diesen veränderten Vorzeichen zukunftsfähig aufzustellen und handlungsfähig zu bleiben, setzen wir auf eine strategische Neuausrichtung in drei zentralen Feldern. Das erste sind resiliente Trägerstrukturen. Frau Billig, Sie sprachen das Thema alte Verträge und KRB an. Die KRB gibt es seit 2020, deswegen war eines der ersten Dinge, eine resiliente Trägerstruktur aufzubauen, wie Sie sie heute hier auch bei der Anhörung sehen. Wir haben zum einen die GSE als verlässlichen Partner an unserer Seite, ebenso wie die KRB mit den von ihnen gehaltenen Objekten als Generalmieterin im System. Ich freue mich sehr, dass auch Förderband e. V. noch zusätzlich den Südflügel in der Parkaue mit übernommen hat, weil Sie diejenigen sind, die gerade in dem Bereich Proberäume eine besondere Expertise haben. Deswegen freue ich mich sehr, Frau Bauer, dass Sie in dieser spartenspezifischen Flexibilität im Raumangebot als Träger zur Verfügung stehen.

Die zweite ist eine konsequente Portfoliooptimierung. Wir schauen uns – und haben das im vergangenen Jahr auch schon getan – den Bestand ganz genau an: Wo befinden sich Leerstände, und mit welchen konkreten Maßnahmen können wir diese zügig abbauen? Gleichzei-

tig müssen wir natürlich auch betrachten: Wie kommen wir mit Kostensteigerungen in der Zukunft aus? Das ist natürlich etwas, das uns sehr beschäftigt. Und Frau Billig, da Sie von alten Verträgen gesprochen haben, alte Verträge laufen irgendwann aus, und dann gilt es, solche Verträge natürlich zu verlängern, wenn es möglich ist und die Konditionen, zu denen die neuen Verträge abzuschließen sind, auch in die Zukunft passen. Da muss man natürlich – das ist nun mal so – auch genau hinschauen, welche Verträge es sind; und es sind eine ganze Reihe von Verträgen, die noch in diesem und im nächsten Jahr auslaufen werden. Wir schauen uns da jeden einzelnen Vertrag intensiv mit dem jeweiligen Träger oder der Generalmieterin, dem Generalmieter an. Ich habe Ihnen hierzu auch noch mal im Hauptausschuss mit der roten Nummer 1652 E eine Auflistung gegeben. Dort sind auch noch mal eine ganze Reihe von Dingen im Einzelnen ausgeführt, um hier noch einmal die Bandbreite zu erklären.

Vor diesem Hintergrund arbeiten wir auch an einer Novellierung der Förderrichtlinien, um zu schauen, wie wir die Künstlerinnen und Künstler auch in der Zukunft mit dem Arbeitsraumprogramm weiter unterstützen können. Hier werden wir in die Verhandlungen eintreten.

Die dritte Säule ist eine konsequente Fortführung der Liegenschaftsstrategie. Unser Fokus liegt klar auf der Schaffung und Sicherung von Arbeitsräumen in Landesliegenschaften. In diesem Jahr, also in 2026 und 2027, gehen weitere Liegenschaften in Betrieb, nämlich die Lehrter Straße 61, die Wilhelminenhofstraße 90 A, das Theater an der Parkaue erwähnte ich schon sowie mittelfristig folgende Standorte, nämlich die Lehrter Straße 60, der Campus Esche, die Friedenstraße 31 bis 32 in Alt Friedrichsfelde, sodass wir in der dritten Säule schauen, wo wir auf diese Art und Weise fokussieren können. Mit dieser Fokussierung betreiben wir nicht nur Kulturpolitik, sondern leisten auch einen direkten Beitrag zum Vermögenserhalt des Landes Berlin.

Auch wenn die politische Verantwortung für das Arbeitsraumprogramm weiterhin selbstverständlich durch die SenKultGZ wahrgenommen wird, lebt das Förderprogramm natürlich im Wesentlichen von seinen Akteurinnen und Akteuren. Hier wiederhole ich mich: Das Arbeitsraumprogramm lebt vom Engagement der Verbände, den Trägerinnen und Trägern, den Eigentümerinnen und Eigentümern sowie den Künstlerinnen und Künstlern. Insofern freue ich mich heute auf Ihre Einschätzung. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin! – Dann beginnen wir jetzt mit der Anhörung. Ich erlaube mir noch einmal den zarten Hinweis auf diese fünf Minuten, die wir Ihnen ein bisschen als Wegmarke für Ihre Redezeit beziehungsweise für Ihre Präsentation vorgegeben haben. Das gilt natürlich auch, wenn Sie die Rede-/ Präsentationzeit teilen. Wäre schön, wenn Sie sich an das Zeitlimit halbwegs halten könnten. Ich gelte normalerweise als sehr großzügig, habe ich mir sagen lassen. Wenn Sie nichts dagegen haben, würden wir mit Ihnen, Frau Bauer, beginnen. – Dann haben Sie das Wort, bitte schön!

Andrea Bauer (theaterhaus berlin, Kulturinitiative Förderband gGmbH; Geschäftsführung und Leitung Standort Mitte): Sehr geehrte Damen und Herren, herzlichen Dank für die Einladung zur heutigen Ausschusssitzung! Ich wurde in der Einladung gebeten, eine fünfminütige Stellungnahme vorzubereiten. Da ich allerdings nicht in Erfahrung bringen konnte, wozu ich Stellung beziehen soll, würde ich die mir zur Verfügung stehende Zeit gern nutzen, um den hier Anwesenden das theaterhaus berlin und deren Betreiberin, die Kulturinitiative Förderband gGmbH, vorzustellen.

Das theaterhaus berlin bietet seit über 30 Jahren freien darstellenden Künstlerinnen und Künstlern das größte Kontingent an temporär anmietbaren Proberäumen in Berlin. Wir stellen Räume zur Erarbeitung von künstlerischen, spartenübergreifenden und interdisziplinären Projekten zur Verfügung. Wir fördern Professionalisierung, ermöglichen Vernetzung, engagieren uns für die strukturelle Stärkung und Sichtbarkeit der Freien Szene in Berlin. Unser Angebot richtet sich an professionell arbeitende freischaffende darstellende Künstlerinnen und Künstler. An inzwischen zwei Standorten stehen Proberäume unterschiedlicher Größe und Ausstattungsmerkmale zur Verfügung.

Gegründet wurde das theaterhaus berlin 1992 vom Bezirksamt Mitte als Theaterprobenhaus. Betrieben wird es seit 2007 von der Kulturinitiative Förderband gGmbH. Seit 2024 wird die Gesellschaft nicht mehr projektweise, sondern institutionell gefördert. Seit 2009 befinden wir uns zwischen Wallstraße und Neuer Jakobstraße in einem ehemaligen Schulgebäude aus den 1970er Jahren.

Aufgrund des Raumbedarfs kam 2020 mit dem ehemaligen Gebäude der Hochschule für Schauspielkunst Ernst Busch in Schöneeweide ein zweiter Standort dazu. Da dieser Standort seit der Übernahme saniert wird, konnten wir dort bislang nur einzelne Bereiche vermieten. Die Sanierungsmaßnahmen neigen sich aktuell dem Ende zu. Eine Inbetriebnahme des kompletten Gebäudes kann hoffentlich im September 2026 erfolgen. Ich sage „hoffentlich“, weil sich der Standort seit knapp drei Jahren in den letzten Zügen der Sanierung befindet, sich die Fertigstellung aber immer wieder verzögert. Mit der vollständigen Inbetriebnahme werden in Schöneeweide 34 Proberäume zur Verfügung stehen. Der Standort Mitte verfügt über 24 Proberäume sowie eine Outdoorbühne. Vor dem Hintergrund der anstehenden Sanierung auch am Standort Mitte und der damit verbundenen temporären Schließung ab 2027 wird uns der Südflügel im Theater an der Parkaue als Interimslösung zur Verfügung gestellt, um das Proberaumangebot für die darstellenden Künste in Berlin aufrechtzuerhalten. Wie dringend benötigt Proberaum in dieser Stadt wird, muss ich an dieser Stelle nicht erwähnen.

Zum Schluss möchte ich noch auf die Vermietung der Räume eingehen. Unser Betreiberkonzept basiert auf der kurz- bis mittelfristigen Vergabe von Proberäumen, das heißt, auf der stunden-, tage- und wochenweisen Vermietung. Wir können unsere Räume auf diese Weise einer großen Anzahl von Künstlerinnen und Künstlern zur Verfügung stellen. In 2025 hatten wir beispielsweise rund 1 500 aktive Vertragsinhaberinnen und -inhaber. Wir tragen dadurch den Bedarf nach temporär und flexibel anmietbaren Proberäumen Rechnung, die auch in Zeiten mit geringen Einkünften, also eigentlich immer bezahlbar sind. Zur Nutzung unserer Räume bedarf es einer Registrierung und des Abschlusses eines Vertrags. Die Vergabe erfolgt ohne künstlerisch kuratierende Auswahl. Wir überprüfen Professionalität, den Nutzungszweck und das Vorliegen eines konkreten Projektvorhabens. Unterschiedliche Nutzungsmodelle garantieren eine gleichmäßige Auslastung und ermöglichen sowohl die kurzfristige Nutzung und Anmietung von Räumen als auch die langfristige und vorausschauende Planung bei größeren Projekten. Die Raumpreise sind nach Größe und Ausstattung gestaffelt. Kosten fallen erst bei Buchung der Räume an, es gibt also keine Grundgebühren, keine Mitgliedsbeiträge oder sonstige dauerhafte Zahlungsverpflichtungen. Die Nutzung erfolgt während der Öffnungszeiten von Montag bis Samstag von 10 Uhr bis 20 Uhr. Technisches Equipment stellen wir bei Bedarf kostenfrei zur Verfügung.

Mit diesem Konzept ermöglichen wir seit über 30 Jahren Kunstproduktionen von darstellenden Künstlerinnen und Künstlern der Freien Szene. Ohne Produktionsräume kann keine Kunst entstehen, sind Existenzen gefährdet und brechen Möglichkeiten zur Berufsausübung weg. Als theaterhaus berlin stellen wir dringend benötigten und vor allem bezahlbaren Proberaum mit stabiler Preisstruktur zur Verfügung, sind verlässlicher Partner und tragen zum Erhalt der Vielfalt des Kulturstandorts Berlin bei. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank, Frau Bauer! – Frau Brodauf, Herr Siebert, bitte schön! Sie fangen mit einer Präsentation an? – Dann bitte ich, diese freizuschalten. Das ist schon geschehen. – Sie haben das Wort!

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Julia Brodauf (Atelierbüro im kulturwerk des bbk berlin; Atelierbeauftragte für Berlin): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Frau Staatssekretärin! Liebe weitere Kolleginnen und Kollegen aus der Senatsverwaltung! Liebe Abgeordnete! Liebe Mitarbeitende hier im Arbeitsraumprogramm! Wir stellen das Atelierbüro vor. Mein Name ist Julia Brodauf, neben mir sitzt Lennart Siebert. Wir sind die Atelierbeauftragten, wir leiten das Atelierbüro. Das Atelierbüro hat vier weitere Kolleginnen und Kollegen, die dort arbeiten.

Wir haben Ihnen eine Folie mitgebracht, auf der die ganzen Dinge aufgezählt sind, die dort gemacht werden. Das werde ich Ihnen jetzt nicht alles aufsagen, weil dann die Zeit hier rum ist. Wir vergeben die Räume in der Atelierförderung. Das waren zum Jahreswechsel 1 027 Räume. Es sind seitdem in sechs Zyklen 32 dazugekommen und 24 auch wieder herausgefallen. Der dritte Zyklus läuft gerade. Der Atelierbeirat beginnt heute mit den Sichtungen von Bewerbungen, dieses Mal auf etwa 18 Räume, die wir ausschreiben können.

Im Vorfeld der Bewerbungen werden die Bewerbungen geprüft, werden an den Atelierbeirat weitergegeben, der Atelierbeirat entscheidet und vergibt nach Professionalität, nach Vorhaben, nach sozialer Dringlichkeit, aber ebenfalls nicht nach kuratorische Auswahl.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Es ist schon zur Sprache gekommen, mit der Atelierförderung hat das Arbeitsraumprogramm angefangen. Es war eine Initiative der bildenden Künstlerinnen und Künstler zusammen mit der Senatsverwaltung und zusammen mit der Politik. Wir blicken auf 33 erfolgreiche Jahre zurück. Es ist, glaube ich, Konsens, dass es einzigartig ist und auch ein Alleinstellungsmerkmal des Landes Berlin. Seit zehn Jahren ist es auch für weitere künstlerische Sparten geöffnet. Wir sind zehn Jahre im ARP. Seitens der Atelierförderung betreuen wir momentan 61 Standorte. Das sind bereits fünf weniger zu dem, als wir angefangen haben.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Das ist ein kleiner Einblick in den Sachbericht, den wir gerade verfasst haben. Die Bewerbungslage ist nach wie vor hoch. Wir haben 1 400 Bewerbungen im Jahr, prüfen die auf 1 200 gültige Bewerbungen. Letztes Jahr konnten wir 51 Räume vergeben. Das waren eigentlich 47 Ateliers, zwei Atelierwohnungen und zwei Doppelbelegungen. Neu entwickelte Standorte:

Letztes Jahr keinen, jetzt kommen ein paar dazu. Die Vermittlungsquote ist mit 1 : 24 auf einem neuen Tiefpunkt angelangt.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wir benötigen geringe Kosten. Über die Honorare der Künstlerinnen und Künstler haben wir jetzt schon viel gehört, auch dank der Künstlersozialkasse. Wir beobachten einen Durchschnittsnettoverdienst von 14 000 Euro im Jahr bei unserem Klientel und auch bei den Bewerberinnen und Bewerbern. Die Leute brauchen Planungssicherheit und qualitativ hochwertige Räume, um hochwertige Arbeit zu leisten. – Ich gebe jetzt mal weiter.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Lennart Siebert (Atelierbüro kulturwerk bbk berlin; Atelierbeauftragte für Berlin): Es ist, glaube ich, kein Geheimnis, dass wir mittlerweile auch ein paar Herausforderungen haben. Das wurde ja auch schon angesprochen. Darauf möchte ich kurz eingehen.

Zum einen macht sich die Fortführung und der Ausbau der Kürzungen natürlich auch bei der Belegschaft im Arbeitsraumprogramm bemerkbar. Zum Beispiel bei unseren Kollegen vom Raumbüro, beim Personalabbau dort. Und wenn wir auf die wichtigsten Haushaltstitel, zum Beispiel auf den Titel 68615 schauen, haben wir ab nächstem Jahr eine Unterfinanzierung zur Verlängerung der Hauptmietverträge und bei dem Titel 98110 – zum Ausbau weiterer Räume, wir haben aktuell einen Bedarf von mindestens 3 000 weiteren Ateliers – mittlerweile auch ein Budget, das uns keinen Spielraum bietet, um diese weiter auszubauen.

Die zweite Herausforderung ist ganz klar die Umsetzung der Kürzungen. Da möchte ich noch mal den Förderzweck in Erinnerung bringen: die Bereitstellung von bezahlbarer Infrastruktur für Künstlerinnen und Künstler. Wir bemerken, wenn wir auf verschiedene rote Nummern, die veröffentlicht wurden, schauen, eine etwas beunruhigende Veränderung in der Arbeitsqualität und einen Schwenk in Richtung Stärkung der Struktur anstatt zur Sicherung der Räume. Da fragen wir uns natürlich: Ist das jetzt zukünftig die Priorität oder nicht? Die Förderrichtlinien wurden schon angesprochen, auch die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in den einzelnen Räumen wurde dort angesprochen. Da fragen wir uns auch: Ist das am Ende Ziel des Ganzen? – Ich beeile mich mal.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Die dritte Herausforderung sind die fehlenden haushaltspolitischen Instrumente, die Verpflichtungsermächtigungen wurden schon angesprochen. Es ist, glaube ich, auch kein Geheimnis, dass wir seit ein paar Jahren oder seit längerer Zeit eine Alternative benötigen. Diese ist uns bislang nicht bekannt, und weil wir eben 75 Prozent der Standorte in privaten Immobilien haben, braucht es eine Alternative, sonst können wir diese Verträge nicht weiter verlängern. Das macht sich auch in einer fehlenden Planungssicherheit für die Künstlerinnen und Künstler bemerkbar, die natürlich nicht wissen, ob sie die Ausstellung, die geplant ist, noch durchführen können oder nicht. Das sieht man natürlich auch an den entsprechenden Einnahmenverlusten.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Der letzte Punkt – da haben wir uns kurz überlegt, wie wir das nennen, aber wir haben es einfach eine fehlende Lösungsbereitschaft genannt, auch wenn das etwas hart klingt – : Es ist ja bekannt, dass in jeder Krise auch eine Chance steckt. Wir als Atelierbüro haben uns zum Beispiel bei der Herausnahme der Ateliers aus dem Treuhandvermögen der GSE selbst engagiert und Vorschläge unterbreitet. Die waren leider bislang nicht fruchtbar. Wir warten immer noch auf eine Fortsetzung der Gespräche dazu, um da mindestens 66 Ateliers zu sichern. Außerdem schafft das viele unnötige Kosten, auch bei uns, da wir auf Eigeninitiative Beratung von Juristen in Anspruch nehmen mussten. Letztendlich komme ich wieder auf den Punkt zurück: Wir verlieren dadurch Arbeitsräume.

Unterm Strich kann man, glaube ich, sagen, dass das Arbeitsraumprogramm in einer Art Strukturstarre steckt. Wir haben jetzt drei Punkte von Ihnen gehört, Frau Richter-Kotowski,

da freuen wir uns, dass es einen Plan gibt. Diese Gesamtstrategie kannten wir bislang nicht, aber wir freuen uns natürlich auf Gespräche.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Vielleicht schließen wir mit dieser Folie und hoffen, den Rest über die Fragen zu klären. Ein Drittel der Standorte, die wir im Programm haben, ist aktuell nicht mehr gesichert. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Wunderbar! – Herr Brunet und Herr Sadowski, Sie hätten dann jetzt das Wort beziehungsweise die Möglichkeit für Ihre Präsentation, die ich jetzt bitte, freizuschalten!

Moritz Sadowski (Raumbüro Freie Szene): Sehr geehrte Damen und Herren! Ich spreche heute für das Raumbüro Freie Szene zum Arbeitsraumprogramm. Unser zentrales Anliegen ist: Bezahlbarkeit sichern und Strukturen stärken.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Die Lage ist angespannt. Unsere Umfrage aus dem Herbst 2025 zeigt: 80 Prozent der Befragten sind aktuell auf geförderte Räume angewiesen, während 88 Prozent aktuell keinen Zugang dazu haben. 42 Prozent der Befragten verfügen für ihren Arbeitsraum über maximal 100 Euro im Monat und 79 Prozent über höchstens 200 Euro. Die finanziellen Spielräume sind eng, schon kleine Erhöhungen können dazu führen, dass Räume nicht mehr bezahlbar sind.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Die Freie Szene arbeitet am Limit, 59 Prozent sind auf Raumsuche. Die größten Hürden sind hohe Preise, fehlende Angebote, finanzielle Belastungen. Wer nur 100 Euro zur Verfügung hat, kann keine Kostenmiete tragen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Gleichzeitig verschärfen die aktuellen Kürzungen die Situation weiter. Bis 2027 können 18 private Standorte wegfallen, dazu könnten 67 GSE-Räume aus der Förderung fallen. Parallel werden höhere Eigenanteile, Kostenmieten und ähnliche Modelle diskutiert. Das bedeutet weniger Räume, höhere Kosten und geringeren Zugang.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Das Raumbüro übernimmt die Aufgaben der Beratung, Vermittlung, Raumsicherung und Projektentwicklung mit nur 2,03 Vollzeitäquivalenten. Trotz größter Kürzung übernimmt das Raumbüro die Beratung bedrohter Standorte allein. Durch unzureichende finanzielle Entlohnung entsteht ein Ungleichgewicht der Machtverhältnisse.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Unsere Bitte an den Ausschuss ist klar: keine Erhöhung der Eigenanteile, Stopp der Kostenmiete, Sicherung bestehender Standorte und eine verlässliche Ausstattung der operativen

Strukturen. Kultur ist Teil der städtischen Grundversorgung. Berlin profitiert von der Arbeit der Künstlerinnen und Künstler und muss entsprechend investieren.

Daniel Brunet (Bündnis Freie Szene Berlin e. V.): Sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank für die Einladung und für die bisherige Unterstützung des landeseigenen Arbeitsraumprogramms für die Freie Szene!

Kunst braucht Raum. Gerade in Zeiten der Haushaltskonsolidierung ist dieser Bedarf auch im Sinne nachhaltiger Förderung wichtiger denn je. Kunst kann nur so professionell sein wie die Räume, in denen sie gemacht, erarbeitet und geprobt wird. Seit über zwei Jahrzehnten schrumpft der Anteil landeseigener Flächen für Kunst und Kultur, während die Mieten für private Räume kontinuierlich steigen.

Das 2016 eingeführte Arbeitsraumprogramm war ein entscheidender Schritt gegen diese Entwicklung. Es hat professionelle Räume geschaffen und so gefördert, dass sie für freie Künstlerinnen und Künstler nutzbar und bezahlbar sind. Es hat auch zum ersten Mal die Sparten und die Räume erweitert, nicht nur Ateliers für bildende Künstlerinnen und Künstler, die eine homogene Raumnutzung haben, sondern auch für die darstellenden Künste, Tanz, Literatur und Projekträume, deren Bedarfe viel heterogener sind. Doch die aktuellen Haushaltskürzungen gefährden dieses zentrale Instrument massiv. Wir haben schon Millionen von Euro für die Weiterentwicklung verloren. Der Ausbau neuer Räume ist damit trotz enormen Bedarfs nahezu zum Stillstand gekommen. Diese Kürzungen müssen dringend zurückgenommen werden. Neben langfristigen Arbeitsräumen besteht nach wie vor ein hoher Bedarf an temporären, flexibel nutzbaren Räumen, etwa für die Darstellenden Künste und den Tanz. Dafür braucht es zukunftsfähige und kostengünstige Betreibermodelle wie die sechs Proberäume für DK/Tanz in der Teilestraße, die von der Uferfabrik betrieben werden und leider jetzt im Bezirk Tempelhof-Schöneberg ersatzlos wegfallen.

Auch die Förderstruktur muss weiterentwickelt werden, weg von kurzfristiger Projektförderung, etwa bei der GSE oder beim Raumbüro, und hin zu verlässlicher institutioneller Förderung. Nur so lässt sich der Verwaltungsaufwand reduzieren und sicherstellen, dass möglichst viele Mittel direkt bei den Künstlerinnen und Künstlern ankommen und in die Kunst investiert werden können.

Das Raumbüro Freie Szene, das für 2026/2027 leider eine Kürzung von 23 Prozent hinnehmen muss, ist dabei besonders betroffen. Es ist der kleinste Akteur mit einer der komplexesten Aufgaben. Es vertritt mehrere Sparten und steht im Austausch mit zahlreichen Interessensgruppen. Gleichzeitig sind die Stellen strukturell unterfinanziert. Befristete Verträge ohne verlässliche Perspektiven erschweren es, qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden und zu halten. Das Arbeitsraumprogramm bot zudem die Möglichkeit, Verpflichtungsermächtigungen einzugehen, um Standorte langfristig zu sichern und Planungssicherheit zu schaffen. Nur so kann der langfristige Erfolg des Programms und der unterstützender Strukturen gewährleistet werden. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank an die Herren! – Herr Förster, Sie haben uns auch eine Präsentation mitgebracht, bitte schön!

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Dirk Förster (Kulturraum Berlin gGmbH – KRB –; Geschäftsführer): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Staatssekretärin! Sehr geehrte Abgeordnete! Vielen Dank für die Einladung! Ich möchte Ihnen zunächst einen kleinen Einblick in die Situation der KRB geben, wie es ja auch erbeten wurde. Wir haben uns im Sinne der Haushaltskonsolidierung im vergangenen Jahr auf die Kernaufgaben reduziert. Die wichtigste Kernaufgabe ist das Arbeitsraumprogramm, hinzu kommen die Uferhallen, die Modellfläche TXL und das Kulturkataster. Wir haben deutlich Personal abgebaut, konkret: von 21,5 Vollzeitäquivalente auf nun 17,63 Vollzeitäquivalente, also 18 Prozent weniger. Davon setzen 8,2 Vollzeitäquivalente das Arbeitsraumprogramm bei uns um.

Was machen diese Menschen? – Es wurde von den geschätzten Kollegen gesagt: 51 Raumvergaben wurden im vergangenen Jahr in der bildenden Kunst durch das Atelierbüro durchgeführt. Wir haben 281 Raumvergaben organisiert für die Sparten Musik, Darstellende Künste, Tanz, Literatur und Projekträume, für die wir die Geschäftsstelle der entsprechenden Vergabebeiräte sind. Wir haben auch, um Kosten zu sparen, den Ensembleproberaum Musik aus der Wilhelmsaue 112 in die Breitenbachstraße 34 verlegt und für zwei Liegenschaften die Verträge mehrjährig gesichert: für die Hobrechtstraße 31 – Sie erinnern sich an die heftigen Diskussionen – und für die Audre-Lorde Straße 74. Für diese beiden Liegenschaften konnten auch Verpflichtungsermächtigungen gebucht werden.

Insgesamt konnte der in Nutzung befindliche Raumbestand, der bei der KRB in der Generalmieterschaft ist, im vergangenen Jahr erhalten werden. Außerdem hat sich die KRB als Nutzerinnenvertretung nach ABau und auf Grundlage der getroffenen Abstimmungen mit dem Atelierbüro und dem Raumbüro Freie Szene an der Entwicklung landesseigener Liegenschaften beteiligt: Lehrter Straße 61, Wilhelminenhofstraße 90 A, Theater an der Parkaue Südflügel, Campus Esche Haus 4 und Lehrter Straße 60. Ich möchte einmal die Lehrter Straße 60 hervorheben, wo durch einen Design-for-All-Einsatz sowohl die Barrierefreiheit maximiert wird, als auch eine optimale Transportsituation entsteht. Hier ist die BIM auch eine sehr gute Partnerin für uns.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Zur wirtschaftlichen Situation: Die Zuwendungshöhe deckt in diesem Jahr den Gebäudeaufwand nicht mehr. Das wird auch im nächsten Jahr so sein. Der Rückgriff auf nicht verbrauchte Mittel aus den Vorjahren ist notwendig. 1,7 Millionen Euro planerisch in 2026 und 1,8 Millionen Euro im folgenden Jahr. Durch steigende Betriebskosten bestehen weitere Risiken. Die höheren Energiepreise betreffen uns genauso wie die gesamte Gesellschaft.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Zu den aktuellen Entwicklungen: Wir haben aktuell 1 150 langfristige Mieterinnen und Mieter in knapp 700 Räumen in aktuell 38 genutzten Liegenschaften. Wir machen auch temporäre Raumvermietung. Bei uns gab es in diesem Jahr bislang 580 Einzelkünstlerinnen, -künstler und Ensembles mit circa 3 000 gebuchten Stunden von Januar bis Mai. Wir machen das alles sehr schlank und effizient mit einem voll digitalisierten Buchungsfreischaltungs- und Abrechnungssystem. Wir arbeiten auch an der Weiterentwicklung unseres Tools Digitale Landschaft als eine Datenplattform, um die Grundlagen für die strategische Weiterentwicklung und Steu-

erung des Arbeitsraumprogramms überhaupt bereitzustellen. Hier ist natürlich auch die Mitwirkung aller Beteiligten langfristig vorgesehen und auch notwendig.

Aktuell läuft eine von uns als sehr synergetisch empfundene Übergabe der Betreiberschaft für das Theater an der Parkaue Südflügel an das theaterhaus berlin, eine sehr gute Kooperation. Das ist eine gute Lösung für das Arbeitsraumprogramm, da sie bei der KRB zusätzliche Kosten spart und für das theaterhaus einen Interimsstandort in der Sanierungsphase bereitstellt.

Auch die Kooperation mit den geschätzten Kollegen von der GSE und von der BIM läuft sehr gut. Mit dem Atelierbüro und mit dem Raumbüro Freie Szene sprechen wir kontinuierlich alle 14 Tage und der Prozess Kooperationsvereinbarung ist neu initiiert. Das kommt gut voran, und auch die Zusammenarbeit und die Steuerung durch die Senatsverwaltung für Kultur funktionieren sehr gut.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ausblick: Es wurde schon gesagt: Die Nutzungsaufnahme in der Lehrter Straße 61 steht bevor – 32 Ateliers und 49 Musikproberäume zur langfristigen Vermietung – und in der Wilhelminenhofstraße 90 A im vierten Quartal dieses Jahres zwölf Ateliers und sechs Musikproberäume zur temporären Nutzung.

Für alle bis Ende des nächsten Jahres auslaufenden Mietverträge wurden Gespräche von uns aufgenommen. Wir sind in der Verhandlung. Wenn Sie da einzelne Fragen haben, gern im Anschluss. – Ich kürze ein wenig.

Die Fichtestraße 3 ist nach gegenwärtigem Stand um mindestens ein weiteres Jahr gesichert – auch da gab es heftige Nachfragen im vergangenen Jahr –, und wir haben die Vertragsverlängerung für die Brüsseler Straße, Karl-Marx-Straße und die Gerichtstraße in Vorbereitung. Hier geht es um einen Projektraum beziehungsweise 22 Ateliers und nochmal 19 Ateliers. Wichtig: Mit Verpflichtungsermächtigungen können diese Vertragsverlängerungen wirtschaftlicher gestaltet werden, weil die Eigentümer langfristiger kalkulieren können. Auch die Eigentümer spiegeln uns, dass jahresweise Verlängerungen für sie langfristig nicht tragbar sind, die wünschen sich langfristige Verträge.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Zu den Herausforderungen: Wir brauchen die VEs, um mittel- und langfristig verlängern zu können und so tatsächlich auch wirtschaftlicher handeln zu können. VEs brauchen wir jetzt auch für die Landesliegenschaften. Das ist eine neue Information. Ich gehe davon aus, dass das eine reine Formsache ist, denn die Mittel sind im Mieter-Vermieter-Modell ja bereits etatisiert. Wir haben steigende Kosten, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Künstlerinnen und Künstler ist begrenzt – das haben wir gehört –, die Verbände machen das auch mit ihren Umfragen deutlich. Es ist notwendig, zwischen höherer Zuwendung, Raumverlust und erhöhten Eigenanteilen der geförderten Künstlerinnen und Künstler abzuwägen.

Schließlich, wenn es darum geht, ob nicht mehr alle Standorte verlängert werden können, braucht es kriteriengeleitete Entscheidungen. Wenn die Finanzierung langfristig nicht ausreichend ist, braucht es klare, öffentlich kommunizierbare Kriterien für die Entscheidung über

Standortaufgaben, die allen Akteuren auch bekannt sind, denn sonst gibt es da immer ein Vabanquespiel. So kann auch politisch klar gesteuert werden.

Schließlich – aus meiner Sicht auch ganz wichtig – : soziale Verantwortung. Es braucht soziale Härtefallregelungen, sowohl bei auslaufenden Verträgen als auch insbesondere im Bereich Atelierwohnungen mit zunehmend älter werdender Bewohnerschaft.

Was sind unsere Erwartungen für die Zukunft? – Damit es gut läuft, braucht es eine gesicherte Finanzierung, die Verpflichtungsermächtigungen für langfristige Anmietung – das hatte ich gesagt – und einen Ausgleich zwischen den durchaus unterschiedlichen Bedarfen der Sparten im Programm. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank! – Herr Strohm, bitte schön!

Philipp Strohm (Gesellschaft für StadtEntwicklung gGmbH – GSE –; Geschäftsführer): Vielen Dank! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Staatssekretärin Richter-Kotowski! Sehr geehrte Abgeordnete! Vielen Dank, dass ich erneut eingeladen bin, hier noch mal zur Anhörung kommen und noch ein paar Punkte zum Thema Arbeitsraumprogramm sagen darf! Ich habe eine kleine Präsentation mitgebracht.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ich habe drei wesentliche Punkte mitgebracht, die auf dem letzten Bericht aufbauen, den wir hier im Abgeordnetenhaus vorstellen durften – ARP und GSE aktuell –, die aktuellen Herausforderungen und am Ende auch ein paar Forderungen, was wir für die Zukunft brauchen.

Aktuell ist es so: Wir sind noch immer Serviceagentur und Zuwendungsempfänger im Zuge einer Projektförderung als Fehlbedarfsfinanzierung der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt. Da drin bewirtschaften wir aktuell 37 Standorte mit rund 800 Räumen und haben im letzten Jahr schon drei Standorte ins Treuhandvermögen überführt. Wir sind Immobiliendienstleisterin der Kulturraum Berlin gGmbH in aktuell 38 Standorten mit rund 721 Räumen, die wir in diesem Kontext bewirtschaften.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Aktuelle Herausforderungen: Als Serviceagentur und Zuwendungsempfängerin der SenKultGZ sind wir seit über 20 Jahren immer noch in der Projektförderung als Bedarfsfinanzierung. Das bedeutet für alle Beteiligten – das ist, glaube ich, mittlerweile auch bekannt – einen sehr hohen Aufwand, sowohl für uns als auch für die Senatsverwaltung. Vorteil in diesem Konstrukt: Es ist die schlankeste Form der Bewirtschaftung. Hier werden nur Entgelte nach zweiter Berechnungsverordnung gezahlt, die sonst für den sozialen Wohnraum gilt, und deswegen kommt besonders viel Geld am Ende bei den Künstlerinnen und Künstlern und in den Ateliers an. Allerdings würden wir uns sehr wünschen, dass man über die Form der Projektförderung noch mal nachdenkt, ob es nicht möglich ist, eine institutionelle Förderung zu erlangen oder eben entsprechende Geschäftsbesorgungsverträge abschließt.

Wir haben an den Standorten sehr unterschiedliche Rahmenbedingungen. Wir haben einen großen Teil der Standorte in Bestandsliegenschaften als eine Sammelzuwendung. Was daran

sehr positiv ist: Das Ganze ist ein Antrag, ein Zuwendungsantrag, ein Bescheid, deswegen weniger Aufwand; was dann allerdings sehr negativ daran ist: Für diesen Teil gibt es keine Verpflichtungsermächtigungen. Wir beantragen jährlich, und die Laufzeit der Mietverträge sind – kein Geheimnis – natürlich nicht kongruent mit einem Haushaltsjahr vom 1. Januar zum 31. Dezember. Unsere präferierte Lösung wäre hier eindeutig: Bitte Verpflichtungsermächtigungen anlegen! Ich selbst kann es nicht, aber ich habe gehört, andere können so etwas machen. Das würden wir uns natürlich sehr wünschen. Dann haben wir die Einzelzuwendungen. Da sind Verpflichtungsermächtigungen vorhanden, was gut ist, allerdings sind es eben sehr viele Einzelanträge, noch mehr Änderungsanträge, die für alles mögliche unterjährig gestellt werden, und damit geht natürlich extremst viel Aufwand einher.

Generell haben wir Generalmietverträge, die überjährig geschlossen sind. Das ist natürlich extremst sinnvoll – haben wir heute schon mehrfach gehört – für kostengünstige Mieten; allerdings müssen die Zuwendungen jährlich beantragt werden. Für einige Standorte liegen noch nicht ganz bewilligte Änderungsanträge vor. Jetzt kann ich etwas Positives berichten – vielleicht müssen Sie uns öfter in den Kulturausschuss einladen – : Heute Morgen hat mein Postfach gleich mehrfach gebimmelt, und ich habe einige Anträge bekommen. Ich habe sie noch nicht durchgesehen, aber die Forderung bleibt: Änderungsanträge müssen natürlich zeitnah und auch vor allen Dingen vollständig – Ausrufezeichen – bewilligt werden, andernfalls droht sonst eine Standortaufgabe.

Das ist uns hier, glaube ich, einmal gesammelt auch zur Kenntnis, in der Wilsnacker Straße passiert. Dieser Standort ist verloren. Die Abmietung erfolgt jetzt zum 30. Oktober 2026. Die Option für weitere fünf Jahre in einem relativ moderaten Standort, was die Kosten angeht, ist nicht gelungen. Hintergrund ist ein Zuwendungsbescheid, der außerhalb der bestehenden Förderrichtlinien Eigenmittel von der GSE vorgesehen hat. Die GSE hat aber keine Eigenmittel. Sie ist auch nicht berechtigt, innerhalb der Förderrichtlinien die Mieten der Künstlerinnen und Künstler beliebig zu erhöhen, und sie kann auch nicht das Risiko und auch nicht das Ausfallrisiko dieses Bescheids tragen. Folglich konnte der Standort leider nicht verlängert werden. Der Standort wird wegen fehlender Subvention von 140 Euro pro Monat und pro Atelier abgegeben. Für uns besonders hart, und ich glaube auch für die betroffenen Künstlerinnen und Künstler nur sehr schwer zu verstehen. Wir haben keine Transparenz in der Budgetverteilung. Wir erkennen auch keine Kriterien, nach denen Standorte gegebenenfalls reduziert oder abgebaut werden sollen. Dieser Umstand ist für uns in den Mieterinnen- und Mieterversammlungen sehr schwer bis gar nicht vermittelbar.

Deswegen noch ein Punkt zu den Ateliers: In den Treuhandbeständen für fünf Standorte – das haben wir ja schon angekündigt – stehen wir als Zuwendungsempfänger nicht mehr zur Verfügung. Wir vermieten die aber gern weiter, auch weiter innerhalb des Programms, wenn dann jemand anderes Zuwendungsempfänger werden möchte. Drei Standorte haben wir zu Kostenmieten überführt, weil sie ähnliche Kostenmieten haben wie damals die Förderschienen. Das ist problemlos machbar. Zwei Standorte haben insbesondere aufgrund der Gebäudestruktur – ehemalige alte Schulen mit großen Gängen, wenig Nutzfläche zur vermietbaren Fläche – höhere Nebenkosten. Deswegen sind dort die Kostenmieten irgendwo zwischen 10 und 11 Euro. Da ist es etwas schwieriger. Die Künstlerinnen und Künstler, das Atelierbüro und wir haben gemeinsam ein Modell entwickelt, wie diese zwei Standorte auch weiterhin über einen anderen Zuwendungsempfänger subventioniert werden können.

In dem Zuge auch noch mal vielen Dank an Lennart und Julia! Ihr habt euch da sehr in die Bresche geworfen. Das liegt alles seit Januar auch in der Verwaltung vor. Was für uns noch fehlt, ist die entsprechende Umsetzung. Da würden wir uns wünschen, dass noch mal Druck dahinter kommt.

Dann vielen Dank, Dirk! Wir arbeiten aktuell als Immobiliendienstleister für euch, und da erfolgt eine Neuausschreibung. Unser Vertrag geht noch bis Ende Februar 2027, Ihr werdet vermutlich neu ausschreiben. Der Übergang ist für uns etwas schwer planbar – Aufwand, Kosten und Zukunft –, auch für die Mitarbeitenden müssen wir einfach schauen, wie wir damit umgehen.

Als Letztes noch die Forderung: Das ARP braucht aus unserer Sicht verlässliche Strukturen. Es ist super fragil – das sieht man an der Wilsnacker Straße –, es braucht auf jeden Fall eine Budgettransparenz und finanzielle Sicherheit, sichere Verträge und entsprechende Verpflichtungsermächtigungen. Vor allen Dingen – das ist meine wichtigste Forderung – braucht es einen Plan. Deswegen vielen Dank, Frau Richter-Kotowski, für die neue Strategie! Die war uns auch nicht bekannt. Aber ich denke, da können wir weiter in den Austausch gehen. Wir fragen uns: Wie sollen mit weniger Budget die Bestände gehalten werden? Mit welchen Mitteln soll das erreicht werden, und wer entwickelt die Strategie? Wie sind wir Akteure darin eingebunden? Alles Fragen, die sich uns noch stellen.

Am Ende, glaube ich, können wir als Akteure sagen, denn ich glaube, das zeigen wir hier heute auch wieder: Wir sind da, wir stehen und sind bereit, die Ziele umzusetzen, solidarisch untereinander, miteinander. Es braucht aber Augenhöhe, Verlässlichkeit, faire Bedingungen – auch für euch, denke ich – und eine klare Kommunikation.

Ein letztes Beispiel – dann bin ich auch fertig, ich beeile mich – : Ich habe noch mal aufgezeigt, was eine verlässliche Struktur im Verhältnis zu Wilsnacker Straße darstellt, verlässliche Struktur wäre: Antrag wird gestellt, der wird bewilligt, die Option wird gezogen, die Verträge mit den Künstlerinnen und Künstlern werden verlängert. Dafür brauchen wir insgesamt ungefähr zwei Arbeitstage. Ergebnis: Der Standort ist gesichert. Ich sage auch mal, was tatsächlich passiert ist: Es gab eine Begehung vor Ort, mit der Senatskulturverwaltung vorab, wir haben Tausende Anfragen von Mieterinnen und Mietern, wie es weitergeht. Wir haben eine Umarbeitung von einem Antrag von Sammelzuwendung auf Einzelzuwendung für die Überjährigkeit gemacht. Es kommt zum Vertrauensverlust zwischen Eigentümern und uns. Wir haben eine Mieterinnen- und Mieterversammlung mit allen Künstlerinnen und Künstlern durchgeführt, sehr hoher Aufwand, diverse politische Anfragen, Presseanfragen, Kommunikation mit dem Abgeordnetenhaus, dem Bezirk, dem Atelierbüro. Wir haben, mal grob überschlagen, circa 11 Arbeitstage. Ergebnis: Der Standort ist verloren. Wir haben 38 Standorte. Jetzt kann man sich mal ausrechnen, was passiert, wenn ich bei jedem Standort so verfare. Ich kann das ganze Jahr lang eine Person damit beschäftigen, Standorte abzuwickeln. Deswegen unsere Forderungen. – Vielen Dank für das Zuhören und gern Ihre Fragen!

[Beifall aus den Reihen des Publikums]

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Dann mache ich jetzt mal zwei Anmerkungen. Die erste Anmerkung: Ich möchte doch gern unser Publikum hinten bitten, von Beifalls-, Unmutsbekundungen Abstand zu nehmen, denn wir sind ein Parlament der Worte, und deswegen möch-

ten wir bitten, dass das bei uns bleibt und nicht bei Ihnen. Ich bitte das zu berücksichtigen, sonst werde ich von meinem Hausrecht Gebrauch machen. Zweite Bemerkung: Ich habe schon viele Kolleginnen und Kollegen gesehen, die ganz eifrig dabei waren, die Folien zu fotografieren. Die werden Ihnen selbstverständlich nach Rücksprache mit Frau Helm elektronisch zugesandt. Vor dem Hintergrund: Ihnen wird nichts entgehen.

Dann kommen wir jetzt zur Beratung und zu den Fragen an die Anzuhörenden. Wir beginnen mit der Abgeordneten Kühnemann-Grunow. – Bitte schön!

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – SPD-seitig müssen wir auch konstatieren, dass die Sorgen um Ateliers und Arbeitsräume leider nicht weniger werden und wir auch sorgenvoll in die Zukunft blicken. Ich habe aber selbstverständlich Fragen an die einzelnen Akteurinnen und Akteure hier im Raum. Ich würde mit einem Fragenkatalog direkt an die Senatsverwaltung anfangen, da auch von der Gesamtverantwortung im Arbeitsraumprogramm gesprochen wurde und vor allen Dingen die Kulturraum gGmbH das ganze Thema Kriterien aufgemacht hat und auch nach Kriterien fragt, was mich an der Stelle ein bisschen wundert. Daher möchte ich fragen, welche Rolle die Senatsverwaltung bei den jüngsten Entscheidungen spielt und wie sie diese Kriterien sieht. Das Beispiel liegt auf der Hand: die Wilsnacker Straße.

Da die Frage: Worin bestand das Problem der Wilsnacker Straße? Wir wissen jetzt ein bisschen mehr, aber was kann der Senat noch tun kann, damit die Künstlerinnen und Künstler in den Ateliers in der Wilsnacker Straße bleiben können? Wie wird der Senat den Sozial-schutzerwägungen dort vor Ort gerecht?

Wie ist der aktuelle Stand in der Atelieretage AR_29 in Reinickendorf? Welche Schritte hat der Senat zur Sicherung des Standorts dort unternommen? – Wo in der Struktur werden die 500 000 Euro in der KRB eingespart? Und wie kann es sein, dass das Budget in der Personalplanung von 2026 auf 2027 um 500 000 Euro steigt? Wieso sind Personalmittel für temporäre Vermietungen eingeplant, wenn sie schon aus dem Leistungsportfolio der Kulturraum GmbH gestrichen wurden?

Zur GSE: Welche Bedeutung hat die GSE aus der Sicht der Senatsverwaltung? Wie hoch ist der Anteil der Standorte und Mietverträge, die von der GSE verwaltet werden? Warum kommt es immer wieder zu solchen Dissonanzen?

Wie hoch sind die Mittel, die an die BIM gehen? Und vielleicht auch noch die Frage: Werden da Mieten für leerstehende Flächen bezahlt oder wirklich nur für vermietete Ateliers? – Wie sind die verwaltungsinternen Verfahren bei der Beantragung von Verpflichtungsermächtigungen, und welche Zuwendungs- und Finanzierungsarten sind für die Zuwendungsnehmer denkbar? – Gab es Prüfungen neuer Modelle, beispielsweise im Lichte der Empfehlungen, die der Rechnungshof in den letzten Jahren gegeben hat?

Zum Atelierbüro: Wie ist der Stand bei der Sicherung der Treuhandobjekte? Ich gucke mal die beiden Beauftragten an: Wäre es aus Ihrer Sicht möglich, die Trägerschaft der Atelierförderung an Sie und an das Atelierbüro zu übertragen? – Welche Folgen hat die aktuelle Situation auf die Arbeitssituation der Künstlerinnen und Künstler im Arbeitsraumprogramm? Und wie ist das Feedback aus der Künstlerschaft?

Meine Fragen an die GSE: Wir haben ja schon ein bisschen erfahren, wie sich die Probleme in der Wilsnacker Straße aus Ihrer Sicht darstellen, aber wir haben auch immer wieder ein Stück weit den Vorwurf, dass beispielsweise Zuwendungen nicht angenommen werden. Wir haben da auch intern nachgefragt. Wie stellt sich die Bescheidung der Zuwendungen an die GSE dar? In welcher Hinsicht würde eine institutionelle Förderung eine Verfahrenserleichterung darstellen? Ich mache daraus keinen Hehl, ich habe mir das bei den Haushaltsverhandlungen sehr gewünscht. – Würde die GSE auch mit anderen Formen der Förderung arbeiten können, beispielsweise über Geschäftsbesorgungsverträge oder andere Zuwendungs- und Finanzierungsarten? – So weit erst einmal.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank, Frau Abgeordnete! – Herr Dr. Juhnke, bitte schön, Sie haben das Wort!

Dr. Robbin Juhnke (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Auch vielen Dank an die Anzuhörenden für Ihre Ausführungen! Diese Fragen besprechen wir ja wegen ihrer Bedeutung und besonderen Signifikanz für unsere Stadt und die Künstler regelmäßig hier im Ausschuss. Aber auch vielen Dank an die Senatsverwaltung, insbesondere an die Frau Staatssekretärin!

Ich darf kurz in die Vergangenheit entführen: Wir haben strukturelle Entscheidungen von Vorgängersensaten vorgefunden, die zu Unruhe in der Trägerlandschaft geführt haben und – obwohl ich ja sonst für Wettbewerb bin, aber in diesem Fall ist es nicht besonders hilfreich – eine ungute Konkurrenz zwischen den Kultursparten aufgerufen haben. Die Entscheidungen und Dinge, die damals auf den Weg gebracht wurden, haben auch nicht dazu geführt, dass die selbstgesteckten Ziele bezüglich der Schaffung von Atelierräumen tatsächlich erreicht wurden. Auch da gab es viele Wunschträume. Wir haben diese Situation vorgefunden, und Sie, Frau Staatssekretärin, haben sich vom ersten Tag Ihrer Arbeitsaufnahme an mit der Sache sehr intensiv beschäftigt, um auch sicherzustellen, dass wir eine Trägervielfalt behalten, die in der Lage ist, tatsächlich auch das gesamte Portfolio abzubilden. Wir haben finanzielle Rahmenbedingungen, die uns in der Koalition von CDU und SPD gemeinsam zu dem Entschluss gebracht haben, dass wir eine Entscheidung fällen müssen, nämlich den Status quo weitgehend zu halten und auf Neuschaffung von Ateliers zu verzichten. Dennoch sehe ich mit einer gewissen Freude den Bericht an den Hauptausschuss, der sowohl quantitativ in der Anzahl der Räume als auch in der Quadratmeteranzahl einen gewissen Aufbau sieht. Natürlich wissen

wir, dass es immer auch eine Fluktuation mit sich bringt, sodass bestimmte Standorte teilweise aufgegeben werden müssen, andere vielleicht aber auch dazu kommen.

Deswegen meine Frage: Es wurde hier von einem der Anzuhörenden davon gesprochen, dass ersatzloses Wegfallen dort passiert sein soll. Ich habe an der Stelle andere Informationen. Auch die Zahl 3 000 Ateliers war mir neu. Vielleicht kann man dazu noch mal etwas weiter ausführen.

Und die Frage, auch an den Senat: Wie interpretieren Sie diese Zahlen? Was können wir daraus lesen?

Auch noch mal an die Anzuhörenden die Frage: Welche Lösungsansätze werden jenseits der Aufstockung von Mitteln gesehen? Sie, Herr Strohm, hatten, glaube ich, angesprochen, dass Sie auch durch Umstrukturierungen bestimmter Arbeitsabläufe oder anderer Dinge Möglichkeiten sehen. Vielleicht können wir auf diesem Feld gemeinsam lernen und gemeinsam fortfahren.

An das Atelierbüro habe ich die Frage: Welche Anstrengungen unternehmen Sie aktuell, um die Struktur innerhalb des Bündnisses der Kulturräume zu verbessern? Welche Alternativen erarbeiten Sie für die Entwicklung von neuen Arbeitsräumen? Und wie können Sie insbesondere die soloselbständigen Künstler dabei unterstützen? – Das war es von mir. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank, Herr Dr. Juhnke! – Herr Abgeordneter Wesener, bitte schön, Sie haben das Wort!

Daniel Wesener (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die Anzuhörenden! Und vielen Dank an die Staatssekretärin! Bitte beziehen Sie das nicht auf sich, aber ich muss Ihnen ehrlich sagen, wenn ich das höre, wieder hören muss, dann macht mich das wahnsinnig wütend.

Herr Juhnke! Ich weiß nicht, ob Sie zugehört haben, aber die Quintessenz dessen, was hier erzählt wurde und in den Berichten steht, ist: Das künstlerische Arbeitsraumprogramm fährt in diesem und im nächsten Jahr gegen die Wand, frontal und mit Ansage. Wir werden aller Voraussicht nach, wenn es so bleibt, wie es ist, round about 25 Standorte verlieren, und, Frau Staatssekretärin, Ihr Versprechen, den Bestand zu halten, haben Sie jetzt schon gebrochen. – [Staatssekretärin Cerstin-Ullrike Richter-Kotowski (SenKultGZ): Nein!] – Jeder Mensch versteht das natürlich genau so, wie man es verstehen muss, und wie es natürlich auch die betroffenen Künstlerinnen und Künstler verstehen, dass wir nämlich die Objekte ... [unverständlich]. Und Ihre Zahlenspiele nach dem Motto: Haben wir hier einen Abgang und da einen Aufwuchs –, ist nun wirklich – ich darf das Wort nicht sagen, das ist unparlamentarisch – Veräppelung, vor allem Veräppelung der Betroffenen. Und noch schlimmer: Auch das werden Sie nicht schaffen, so, wie Sie momentan unterwegs sind. Da nützen mir – und das sage ich ganz eindeutig nicht in die Richtung Ihrer Verwaltung, sondern in die Richtung der Koalitionspartner – auch die Krokodilstränen nichts, die hier vergossen werden.

Frau Kühnemann-Grunow! Wer das Arbeitsraumprogramm investiv wie konsumtiv um die Hälfte kürzt und mit einem Vorlauf von zwei Wochen in einem Dritten Nachtrag sagt: Einer

der zentralen Dienstleister wird abgeschafft –, muss sich nicht wundern, wenn wir die Probleme haben, über die wir reden.

Jetzt atme ich tief durch und schlucke diese ganze Wut runter, denn es hilft ja nichts, wir müssen retten, was zu retten ist. Deswegen habe ich wirklich eine große Bitte an Sie allesamt, Koalition: Wenn Sie irgendein Projekt, ein einziges Projekt in dieser Legislatur in Ihrer Verantwortung noch halbwegs erfolgreich in die Zukunft retten wollen, dann nehmen Sie bitte das Arbeitsraumprogramm! Ich habe viele andere Anliegen und Themen, aber wenn ich überlege, was am wichtigsten ist, nicht nur für die betroffenen Künstlerinnen und Künstler, sondern für die Kunst und Kulturmetropole Berlin, dann ist es dieses Arbeitsraumprogramm.

Frau Staatssekretärin! Das weiß niemand so gut wie Sie. Sie haben es dankenswerter Weise auch vorher gesagt. Wer die Kultur streicht, streicht Berlin. Wer die Arbeitsräume streicht, streicht die Kultur. Das ist doch klar. Das verstehen doch selbst Leute, die nicht seit 20 Jahren in der Kulturpolitik unterwegs sind. Ohne Künstlerinnen und Künstler, die arbeiten können, die leben können, gibt es keine Kulturmetropole.

Deswegen konzentrieren Sie sich bitte auf vier Sachen. Es sind vier Sachen, die wirklich nicht schwer sind, die uns aber zumindest helfen würden, diese Brücke in die Zukunft und in die nächste Legislatur zu bauen.

Das eine ist das Thema Verpflichtungsermächtigungen. Das haben jetzt schon mehrere Leute angesprochen. Frau Staatssekretärin! Unser Problem ist doch ein Haushaltsgesetz, wo die Haushälter aus nachvollziehbaren Gründen gesagt haben: Wir sperren in toto alle Verpflichtungsermächtigungen. – Das ist der Hintergrund. Und jetzt glauben Sie doch nicht, dass diese Sperrung für alle gilt, sondern natürlich sind diese Mittel für viele Senatsverwaltungen entsperrt worden. Warum? – Weil wir da Verwaltungsstandorte haben, ganze Behörden. Sie glauben doch nicht ernsthaft, dass diese Sperre für all diese Anmietobjekte gilt, sie gilt aber weiterhin für das Arbeitsraumprogramm. Das führt genau zu den Problemen, von denen hier die Rede ist.

Herr Förster! Ich bin Ihnen wirklich sehr dankbar, was diese Verlängerung um ein Jahr angeht, aber das ist keine Lösung, für niemanden, und es ist schon gar nicht eine wirtschaftliche Lösung, da haben Sie völlig recht. Das sind alles Krücken. Deswegen ist es so schade, dass der Finanz- – Pardon, der Kultur- und Finanzsenator bereits gehen musste. Das wäre nun wirklich der große Benefit dieser ansonsten, wie ich finde, schwierigen Fusion von zwei Ämtern. Bitte gehen Sie in den Hauptausschuss mit einer Vorlage zur generellen Entsperrung dieser Verpflichtungsermächtigungen. Die stehen im Haushaltsplan drin. Das sind 34 Millionen Euro, die verankert sind. Bitte sorgen Sie dafür, dass diese Menschen ihre Arbeit machen können, dass die Mietverträge, die verlängert werden können, auch verlängert werden können. Die Finanzverwaltung sagt übrigens auf Anfrage von Künstlerinnen und Künstler, die pro Projekt anfragen, warum das hier an den Verpflichtungsermächtigungen hängt: Uns liegt gar kein Entspannungsantrag vor. – [Zuruf] – Ja, ich habe dann auch den Kopf geschüttelt, aber das ist ja noch nicht mal der richtige Weg, sondern es braucht noch einmal eine generelle Entsperrung der Verpflichtungsermächtigungen. 34 Millionen Euro sind verglichen mit den anderen VEs, die entsperrt worden sind, ein Klacks. Wir haben im Bereich von dreistelligen Millionensummen diese notwendige Einsparung – überall da, wo es der Politik wichtig ist. Bitte beweisen Sie, dass das auch für Kultur gilt!

Zweitens: die Kosten. Wir hören aus Ihrer Verwaltung, dass die bisherigen Ansätze von 20,4 Millionen Euro bzw. 19,3 Millionen Euro – da rede ich jetzt von dem konsumtiven Titel – in 2026/2027 eben nicht auskömmlich sind, um den Bestand zu halten. Das ist das, was Sie momentan kommunizieren. Da sage ich Ihnen: Wir verstehen es nicht. Wir haben nachgerechnet. Es gibt ja eine rote Nummer, die vertraulich ist, deswegen werde ich nicht daraus direkt zitieren, nicht die Zahlen zitieren, aber wir haben alle Zahlen. Das ist die rote Nummer 1652 E. Rechnen Sie das mal zusammen! Wir haben zusätzlich die Overheadkosten für die KRB genommen. – [Dennis Haustein (CDU): Die ist öffentlich!] – Pardon! Dann ist es die andere rote Nummer, genau, das ist die 2487-1. Das ein vertraulicher Bericht, Herr Haustein, weil da immobilienwirtschaftliche Kennzahlen drinstehen. Da haben wir ein gemeinsames Interesse, dass diese Zahlen nicht an die Öffentlichkeit kommen. Aber wir brauchen natürlich eine Kostentransparenz, und wenn Sie sagen: Das Geld reicht nicht, dann kann ich nur sagen: Uns fehlen nach unserer Rechnung etwa 5 Millionen Euro. Das ist der Gap zwischen den Bestandskosten plus den Kosten für den Overhead. Wir haben sogar das eine oder andere SO-DA-Objekt mit reingerechnet, Herr Rehders, weil wir davon ausgehen, dass Sie da weiterhin Miete zahlen, obwohl die in die Kategorie 2 und 3 fallen, was auch nicht gerade schön ist. Das sollte man auch mal bereinigen. Da wäre der Finanzsenator auch sehr hilfreich, dass die Kulturimmobilien, die wir gar nicht mehr für eine Kulturnutzung vorsehen, nicht weiterhin aus dem Kulturretat finanziert werden. Aber nochmal: Machen Sie da klar Schiff! Wir sagen: Es ist genug Geld da – nach allem, was wir wissen –, um den Bestand, sowohl was Ateliers, aber auch was die anderen Arbeitsräume angeht, zu erhalten. Bitte sagen Sie uns, was Sie mit diesen circa 3 bis 5 Millionen Euro sonst so machen, die nach unserer Rechnung zur Verfügung stehen, die aus Ihrer Sicht aber anscheinend fehlen. So.

Das Dritte: Frau Richter-Kotowski, bitte novellieren Sie endlich die Förderrichtlinie! Die läuft sowieso aus. – [Staatssekretärin Cerstin-Ullrike Richter-Kotowski (SenKultGZ): Ist schon ausgelaufen!]. – Ist schon ausgelaufen, das ist ja schon mal – Ich sage jetzt nichts dazu, aber normalerweise geht man davon aus, dass eine Verwaltung die Förderrichtlinie rechtzeitig verlängert, und zwar deshalb: Wir haben viele Gespräche mit Künstlerinnen und Künstlern geführt. Keiner hat gesagt: Wir sehen nicht, dass es eine Inflation gibt, wir sehen nicht, dass es eine Teuerung gibt, und wir sind der Meinung, es muss alles so bleiben, wie es ist. – Nein, alle haben gesagt: Wir können nachvollziehen, dass es auch in diesem Programm eine Kostenentwicklung gibt, die dazu führt, dass der Subventionierungsanteil geringer wird, beziehungsweise auch wir einen Beitrag leisten müssen. – Die entscheidende Frage ist natürlich: Bis zu welcher Höhe? Denn, wenn wir in der Kostenmiete sind, brauchen wir kein Arbeitsrahmenprogramm mehr, dann herrscht der freie Markt mit dem bekannten Ergebnis. Und wir haben den Fall, Frau Staatssekretärin, Wilsnacker Straße. Hätten Sie die Förderrichtlinie novelliert, dann hätten wir die halten können, weil die Kostendifferenz in der Wilsnacker so klein ist, dass Sie da mit einem ganz geringen Aufschlag in den beiden Fördersätzen das hätten problemlos verlängern können. Meine Prognose ist: Es wird auch andere Standorte geben, wo allein die Novellierung der Förderrichtlinien den Bestandsinhalt ermöglichen würde.

Viertens: die GSE als Partner. Ich war vor Kurzem bei dem Sommerfest. Da waren vier Staatssekretäre aus vier Verwaltungen, die alle gesagt haben, wie fabelhaft sie mit der GSE zusammenarbeiten. Die Kulturverwaltung war nicht da, und es ist, glaube ich, evident, dass diese Zusammenarbeit an einigen Stellen schwierig ist. Bitte sorgen Sie dafür, dass das zurechtensrechtliche Problem, das ich anerkenne. Ich habe es auch verstanden, Herr Rehders,

vielen Dank für die Erläuterung! Ich habe verstanden: Es gibt ein rechtliches Problem, das man lösen muss. Aber dann lösen Sie es! Es gibt den schon genannten Vorschlag vom BBK. Und wenn es der Vorschlag ist, Sie haben einen Senator, der in seiner Funktion als Senator für Finanzen nicht nur der Treugeber ist – das ist ja das Interessante, Sie sprechen da mit jemandem, oder Herr Evers spricht im Selbstgespräch mit jemandem, der auch Treugeber der GSE ist –, sondern wo eine Verwaltung natürlich diese Kompetenz hat, was Zuwendungsrecht angeht, und wo ich hoffen würde. Es gibt ein gutes Modell, wir haben – das steht in Ihrer Vorlage drin, Frau Staatssekretärin – diese fünf Treuhandobjekte, die vorgesehen sind, die nicht mehr gefördert werden sollen. Ich freue mich, Herr Strohm, wenn es an einigen Stellen gelingt, es am Ende trotzdem halbwegs so hinzubekommen, dass die Künstlerinnen und Künstler bleiben bzw. Mieten bezahlen können, aber wir wissen auch, Sie haben es auch angedeutet: Es gibt Objekte, wo es ohne Förderung nicht gehen wird, weil die Kostenmiete so hoch ist, dass sie von den Künstlerinnen und Künstlern nicht geleistet werden kann. Wir kennen auch die Objekte und die Gründe dafür. Bitte gucken Sie, dass Sie, was die Beziehung zur GSE, die Zuwendung angeht, zu einem guten Modell kommen. Dass man nicht einfach eine Bedarfsfinanzierung an Treuhänder weiterreichen kann, nach dem Motto: Macht das bitte auf euer eigenes Risiko! –, was Sie sowohl bei der Wilsnacker wie bei der Prenzlauer Promenade gemacht haben, da müsste doch klar sein, dass das nicht funktioniert. Die GSE wird und kann dieses Risiko auch gar nicht eingehen, angesichts ihrer Rechtsform und ihrer sonstigen Verpflichtungen.

Diese vier Punkte sind kein Hexenwerk, und darüber diskutieren wir seit zwei Jahren. Wenn es Ihnen da in den nächsten Wochen und Monaten gelingen würde, das zu lösen, dann glaube ich, hätten wir zumindest die Chance, langfristig dieses Programm weiterzuentwickeln. Ich sage dazu: Ja, es gibt den Punkt Governance, da werden wir uns noch mal grundsätzlich Gedanken machen müssen: Wer sind eigentlich die Akteure mit welcher Struktur und mit welchen Aufgaben? Da kann ich Politik nur empfehlen: nicht alle halbe Jahre die Meinung zu wechseln.

Herr Juhnke! Sie haben völlig recht, man kann sagen, so wie das damals Rot-Grün-Rot aufgesetzt hat, war das blöd. Das kann man machen. Man kann auch das machen, was Sie gemacht haben, nämlich sagen: Dann kürzen wir das Ganze und schaffen die KRB ab. – Das finde ich falsch. Wir haben letzten Endes seitdem ein Hin und Her und Her und Hin. Das können Sie auch in den verschiedenen Vorlagen sehen. Wir haben eine rote Nummer 2026 DE von Juni 2025. Da erklärt die Kulturverwaltung dankenswerter Weise – wirklich vielen Dank dafür! – warum man die KRB nicht abschaffen kann. Ich kann nur sagen: Lesen Sie sich das noch mal durch! Wir haben jetzt eine rote Nummer vom 26. März 2026, wo Sie das Gegenteil von dem vorschlagen, was die Koalition bisher wollte, nämlich eine Diversifizierung des Programms. Deswegen, Frau Bauer – herzlich willkommen! –, sind auch Sie dabei. Also eigentlich sollte es weniger Akteure geben, jetzt gibt es mehr. Ich glaube, kein Programm kann erfolgreich über so einen langen Zeitraum sein, wenn sich Politik – und da schließe ich meine Fraktion mit ein – vierteljährlich oder alle halbe Jahre etwas anderes überlegt.

Trotzdem, Herr Rehders, haben diese Strukturfragen noch ein bisschen Zeit. Ich bin schon zufrieden, wenn Sie im Sinne eines Moratoriums auf einen Knopf drücken und das erst mal hinten anstellen. Konzentrieren Sie sich auf diese vier Aufgaben! Es sind originäre Aufgaben der Steuerung und der Kulturverwaltung, und es sind Aufgaben, die der politischen Verantwortung, Frau Staatssekretärin, unterliegen, gerade auch an der Schnittstelle zur Finanzver-

waltung. Sprechen Sie bitte mit Ihrem Chef, Sie beide, Herr Evers und Sie, auch aufgrund Ihrer Historie und Ihres Know-hows, Sie können dieses Programm retten, aber es ist höchste Zeit. Bitte tun Sie es!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank! – Die nächste Wortmeldung kommt von der Abgeordneten Billig. – Bitte schön!

Daniela Billig (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich weiß jetzt eigentlich gar nicht mehr, was ich noch sagen soll, und schließe mich dem Vorredner uneingeschränkt an.

Ich fange mit meinem letzten Satz, mit dem, was ich zuletzt sagen wollte, an: Vermeiden Sie bitte, dass Sie als diejenigen in die Geschichte eingehen, die das Arbeitsraumprogramm in Berlin zugrunde gerichtet haben! Ich merke hier bei Ihnen den totalen Unwillen, jedes Argument, jede Nachfrage anzunehmen und sich wirklich damit zu beschäftigen. Die Folge ist aber im Zweifelsfall eine für Berlin tödliche, zumindest für die Berliner Kultur.

Trotzdem ist es schön zu hören, dass es eine neue Strategie gibt. Ich fände es gut, wenn Sie uns da noch ein paar Hinweis geben, ein bisschen tiefer gehen können, denn im Moment ist das für mich ein Buch mit sieben Siegeln. Ich erinnere mich an die Vergangenheit, wo wir uns damit beschäftigt haben und die Struktur eigentlich klar gewesen ist, nämlich dass die Kulturraum Berlin das Immobiliengeschäft der SenKultGZ vollständig übernehmen sollte, dass uns als Abgeordnete gesagt wurde, es ist für SenKultGZ einfach nicht machbar, rein praktisch und personalmäßig, sich damit so tief zu beschäftigen und da so tief reinzugehen, wie es eigentlich nötig ist, und deswegen dann die Kulturraum gGmbH gegründet worden ist. Was ich jetzt merke, ist ein totales Chaos, zumindest für uns. – [Zuruf] – Ja, dann erklären Sie mir ganz genau, welche konkreten Aufgaben übernimmt jetzt die Verwaltung in dieser Gemengelage im Arbeitsraumprogramm? Wer hat die Gesamtverantwortung? Wer macht Controlling? Wer macht das Prozessmanagement? Welche Aufgaben übernimmt jetzt eindeutig die Kulturraum, die KRB? Wie genau sollen die Strukturen sein? Was sind die Rollen und Aufgaben der einzelnen Akteure und Akteurinnen? Und wo genau ist das festgeschrieben?

In dem Zusammenhang stellt sich auch die Frage: Wann sitzen Sie denn wirklich mal zusammen, nicht nur die Akteurinnen und Akteure, die hier von den Anzuhörenden vertreten werden, sondern auch mal gemeinsam mit der Kulturverwaltung? Das ist ein Punkt gewesen, der uns in der Vergangenheit in der letzten Koalition wirklich extrem wichtig gewesen ist, eine Kommunikation auf Augenhöhe aufzubauen, bei der alle beteiligt sind. Da habe ich jetzt hier ganz stark den Eindruck, das ist jetzt hier – – Wann haben Sie denn konkret das letzte Mal alle zusammen am Tisch gesessen oder im Zweifelsfalle auch einzeln mit den Atelierbeauftragten, mit der Koalition der Freien Szene und dem Raumbüro? – [Zuruf von Staatssekretärin Cerstin-Ullrike Richter-Kotowski (SenKultGZ)] – Ja, okay, sagen Sie es mir doch einfach. Ich merke hier einen großen Unwillen, Sie bekommen gleich das Mikrofon.

Staatssekretärin Cerstin-Ullrike Richter-Kotowski (SenKultGZ): Liebe Frau Billig! Am 6. Mai habe ich das letzte Mal mit Herrn Strohm zusammengesessen, mit Herrn Förster sitze ich regelmäßig in Vorbereitungen zu den Aufsichtsratssitzungen zusammen, mit Herrn Brunet sitze ich mit der Freien Szene zusammen, mit Frau Brodauf und Herrn Siebert habe ich beim letzten Plenum geredet. Ich gebe zu, mit Frau Bauer habe ich mich noch nicht persönlich getroffen, was ich aber gern nachhole.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Entschuldigung! – [Daniela Billig (GRÜNE): Alles gut!] – Das Wort erteile immer noch ich, aber das macht ja nichts. – [Staatssekretärin Cerstin-Ullrike Richter-Kotowski (SenKultGZ)]: Entschuldigung! Ich musste jetzt mal dazwischen greifen.] – Das zeigt ja die lebhafteste Diskussion bei uns zum Thema. – Bitte schön, Frau Billig!

Daniela Billig (GRÜNE): Ich freue mich immer über echte Informationen, lasse mich natürlich auch gern unterbrechen und freue mich auch noch mal, wenn Sie uns dann im Anschluss hoffentlich noch ganz viel über die neue Strategie erzählen, wer welche Rollen und Aufgaben übernehmen soll.

Eine weitere Frage ist: Wann kommt denn die neue Förderrichtlinie? Alles, was mein Vorredner gesagt hat, muss ich nicht wiederholen. Es gibt da aber eine Gefahr.

Ich habe noch ein paar Fragen an die Anzuhörenden. Das geht jetzt vielleicht ein bisschen ins Detail, aber im Grunde genommen geht es mir genau darum. Was bedeutet es, wenn wir keine vernünftige neue Strategie bekommen, bei diesen Unklarheiten, aber auch den Kürzungen, die im Moment hier bestehen, wenn ich höre: Wir haben beim Raumbüro 23 Prozent Kürzungen bei nur, ich glaube, 2,08 Personalstellen? Was bedeutet ganz praktisch diese Kürzung von 23 Prozent? Was können Sie denn dann überhaupt noch von den wirklich vielfältigen Aufgaben machen?

In der Kulturräum Berlin haben wir prozentzahlmäßig fast eine ähnliche Zahl – 18,23 Prozent Kürzung –, ist dann aber von 21 auf 17 Prozent vielleicht gar nicht so krass, wie das jetzt beim Raumbüro ist, aber trotzdem haben Sie gesagt, Herr Förster, dass Sie sich dadurch jetzt auf Ihre Kernaufgaben konzentrieren müssen. Was fällt weg? Und wo gibt es dann vielleicht Abstriche bei diesen Kernaufgaben, die wir auf jeden Fall sehr begrüßen und wo wir uns wünschen, dass Sie die ausführen?

Als zweite Frage an Herrn Förster: Sie haben von dem Proberaum gesprochen, der von der Wilhelmsaue in die Breitenbachstraße verlegt worden ist. Das ist so eine Sache, die konnte ich mir im Vorhinein überhaupt nicht vorstellen. Ja, gut, rein praktisch, rein technisch geht immer alles, aber was bedeutet denn rein praktisch solch eine Verlegung an Ressourcenverlust, an finanziellem Aufwand, an zeitlichen Pausen, die dann bei der Vermietung des Proberaums eingelegt werden müssen? Wenn Sie es jetzt nicht ganz sicher wissen – ich sagte ja, es geht jetzt sehr ins Detail, weil vorher schon ganz viel gefragt worden ist –, schreibe ich es Ihnen noch mal in einer Schriftlichen Anfrage oder sonst irgendwie. Es geht mir im Zweifelsfall auch nur darum, noch mal deutlich zu machen: Diese Unorganisiertheit – keine Förderrichtlinie, keine rechtzeitigen Verpflichtungsermächtigungen und die Kürzungen an sich –, was bedeutet das für uns an Ressourcenverschwendung? Das ist eigentlich mein Ziel. Wenn Ihnen anderes Beispiel einfällt, ist das auch schön.

An die GSE: Sie haben uns sehr eindringlich ganz viele Dinge beschrieben. Manches ging mir ein bisschen zu schnell. Ich freue mich auf die Präsentation, auf das PDF. Aber bei dem Punkt Bestandsliegenschaften als Sammelzuwendung, wo es keine Verpflichtungsermächtigungen gibt, habe ich mir ein bisschen am Kopf gekratzt. Wie schaffen Sie das dann überhaupt, und was sind die Gefahren? Vielleicht außer denen, von denen wir jetzt schon ganz viel gehört haben. Wenn es keine Verpflichtungsermächtigungen gibt, das Ganze überjährig verlängern

wird und so weiter – Es klingt total kompliziert. Wie können wir, oder gibt es noch etwas anderes außer den Verpflichtungsermächtigungen, um da diese ganzen Gefahren auszuschalten? Verpflichtungsermächtigungen haben wir schon häufiger gehört, aber vielleicht in diese Richtung: Was können wir von einer Regierung aus oder aus dem Parlament heraus machen, um das Ganze so effektiv zu gestalten, dass die begrenzten Mittel, die wir haben, dann wenigstens so effektiv wie möglich eingesetzt werden können? Wenn ich höre, dass die Personalstellen allüberall gestrichen werden müssen und wir dann trotzdem noch Personalzeiten mit so einem Kram verschwenden, dann wissen wir im Grunde genommen alle: Das kann nur auf die Anzahl der Räume gehen. Dann wird mir allmählich auch erklärlich, warum manche Dinge auch so lange dauern, weil so viele Dinge, so viele Zeitressourcen einfach verloren gehen. Ich freue mich über noch ein paar Beispiele, um das zu unterstreichen.

Ansonsten die Bitte an die Senatsverwaltung, dieses Problem noch mal wirklich ernst zu nehmen und sich wirklich darum zu kümmern, derselbe Wunsch auch an die Koalition: Sorgen Sie dafür, dass die Verpflichtungsermächtigungen entsperrt werden! Sie haben heute noch mal sehr eindringlich gehört, worum es eigentlich geht, und Sie haben es ja auch selbst gesagt. Bitte nehmen Sie es wirklich ernst, denn ansonsten ist das, was uns da am Ende des Jahres erwartet, ein Scherbenhaufen, bitte vermeiden Sie das! – Danke!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Herr Abgeordneter Kurt, bitte schön!

Taylan Kurt (GRÜNE): Vielen Dank! – Frau Staatssekretärin, ehrlich gesagt, bin ich ein bisschen entsetzt. Ich war ja letztes Mal schon hier, da haben Sie zur Wilsnacker Straße 62 gesagt: Ja, wir sind in Gesprächen. Wir sind da dran. – Was ist denn jetzt der Stand? Hier wird dann so beiläufig gesagt: Das läuft jetzt zum 30. Oktober aus. – Was ist der Stand? Sie hatten uns gerade eindrücklich dargestellt, mit wem Sie da an Gesprächen sind. Wir haben aus vielen Wortbeiträgen mitgehört, dass die Förderrichtlinien ausgelaufen sind. Aber wann kommt jetzt was? Da sitzen Menschen im Publikum, viele gucken heute auch online zu, die sich fragen, wie es da weitergeht und deren Existenz gerade an der Stelle auf dem Spiel steht. Machen Sie es doch mal konkret: Was planen Sie bis wann zur Wilsnacker Straße 62? Mit wem haben Sie an der Stelle gesprochen, und welche Punkte sind offen? Sie kennen den Fall, da werden Sie es ja noch mal konkretisieren können.

Mich würde außerdem interessieren: Sie wissen, dass die Mittel halbiert worden sind. Eigentlich müssten ja bei Ihnen die Alarmglocken angehen. Da ist nicht nur die Wilsnacker, es gibt ja noch die Brüsseler, von der wir auch gehört haben, und viele andere Standorte, wo die Frage ist: Wie geht es mit den Verträgen weiter? Was ist da an der Stelle Ihr Plan?

Und was mich noch interessieren würde, ist: Sie hatten auch die Lehrter Straße 60 angesprochen, die mittelfristig ans Netz gehen sollte. Können Sie da noch mal konkretisieren, bis wann Sie da was vorhaben? – Danke!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Frau Dr. Schmidt!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich habe das Gefühl, es ist gar nicht mehr so sehr der Raum für Details, denn es brennen einfach zu viele grundsätzliche Fragen. Wir haben es ja vorhin gesagt: Es gibt bald eine Zeit, wo das Parlament erst mal keine Entscheidung treffen wird, weil Wahlkampf ist und weil die Plenarsitzungen vorbei

sind, weil noch keine neuen Ausschüsse tagen. Das muss ich keinem erzählen. Wir haben nun mal die Situation, wie wir sie alle fünf Jahre regelmäßig haben. Da gilt es tatsächlich noch mal so ein paar grundsätzliche Fragen zu stellen. Im Prinzip so, wie Herr Wesener das ja auch mit den vier Punkten getan hat. Aber eines will ich trotzdem noch mal sagen, Herr Dr. Juhnke: Ja, wir haben Unruhe in die Szene reingebracht, mit Absicht. Wissen Sie, warum? – Weil wir nämlich wollten, dass das Arbeitsraumprogramm für alle Sparten gilt und nicht mehr nur für einzelne Sparten. Das hat am Anfang tatsächlich zu viel Unruhe geführt. Wir haben ordentlich miteinander ringen müssen, dass wir eine Kommunikationsstruktur gefunden haben, dass wir eine Arbeitsstruktur gefunden haben, damit das Arbeitsraumprogramm miteinander funktioniert. Aber das war eine gewollte Unruhe.

Die Unruhe, die wir jetzt haben, besteht darin, dass in dem Programm immens gekürzt wurde und mit der Kürzung gleichzeitig gesagt wurde: Aber den einen Player wollen wir nicht mehr –, ohne – und das ist das Problem – dass es ein Konzept gab, eine Idee gab, wie denn Kommunikation und Arbeitsstrukturen neu aufgebaut werden sollen.

In einem widerspreche ich Ihnen. Ich widerspreche Ihnen ungern, Frau Staatssekretärin, weil ich Sie an der Stelle wirklich engagiert erlebe. Aus meiner Sicht geht es hier nicht um eine grundlegende Konsolidierung. Das ist ein Begriff, der aus dem Finanzwesen belegt ist. Hier geht es tatsächlich darum zu sagen, mit welchem Konzept, welchen Rahmenbedingungen, welchen Strukturen wir das Arbeitsraumprogramm in Berlin fortsetzen wollen. Wir haben weniger Geld, ja, aber wir haben hier professionelle Player, die über die Jahre eine wirklich gute Expertise aufgebaut haben. Wie bekommen wir gemeinsam mit diesen Playern das Konzept so strukturiert, dass wir mit dem Geld trotzdem das Ziel erreichen können, das Arbeitsraumprogramm zu sichern? – Darum muss es gehen. Dazu gehören die Punkte.

Natürlich braucht es die Evaluation der Förderrichtlinien, die hätte es so oder so gebraucht, egal, wer auch immer die Verantwortung gehabt hätte. Das hatten wir uns auch vorgenommen, und damit haben wir auch angefangen. Sie sagen: Die Verhandlungen dazu laufen. – Da frage ich: Mit wem? – Denn ich glaube nicht, dass es gut wäre zu sagen: Ich rede mit dem, ich rede mit dem, ich rede mit dem. Macht A viel Aufwand, und es ist B wenig zweckmäßig zu sagen: Wir reden ja mit allen –, sondern hier muss es eine Struktur geben, die gemeinsam funktioniert, die ineinander greift, wie das funktioniert. Aber dazu muss jeder der Player wissen, welche Rolle er hat. Da braucht es eine klare Definition für die Kulturraum Berlin gGmbH, da braucht es aus meiner Sicht den Geschäftsversorgungsvertrag oder eben die institutionelle Förderung für die GSE, um nicht diese Doppelfunktion zu haben.

Ich habe auch die Rolle des Förderband e. V. in diesem Konstrukt noch nicht verstanden. Auch für die Atelierbeauftragten und für das Raumbüro Freie Szene braucht es ja eine Klammer, und die sehe ich im Moment nicht, außer dass die Koalition gesagt hat: Die KRB wird mal aufgelöst.

Nehmen wir jetzt mal das Beispiel Wilsnacker Straße. Warum gibt es da nicht so eine gemeinsame Beratung aller beteiligten Kräfte an der Stelle, und dann wird geguckt: Was können wir uns denn gemeinsam leisten? Sind es die 10 Euro oder die 15 Euro im Monat mehr, die dann möglicherweise den Standort retten? Ich erwarte jetzt einfach, dass man für jeden Standort, der in der nächsten Zeit auf der Tagesordnung steht, genau solche Dinge durchdekliniert. Was braucht es, um diesen Standort zu retten? – Die VEs sind angesprochen worden, Förderrichtlinien sind angesprochen, da braucht es einen Zeitraum, aber es braucht doch letztendlich nicht die Konsolidierung, sondern das Konzept, wie die Struktur funktionieren soll.

Das ist meine Erwartungshaltung, und ich würde mich freuen, wenn wir heute mit konkreten Verabredungen rausgehen, weil alles andere sind Details; die müssen wir regeln, die sollen geklärt werden, gar keine Frage, aber ich glaube nicht, dass heute die Zeit dafür ist, sondern wir haben einfach eine andere Bugwelle vor der Brust, die es heute hier mit Verabredungen zu klären gilt.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank, Frau Dr. Schmidt! – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe gefehlt. Ich sage das sehr deutlich. Nämlich mein Appell, dass wir uns alle

kurz fassen sollen, ist nicht zu Ihnen durchgedrungen. Das geht auf meine Kappe. Und zum Zweiten habe ich gefehlt: Nach den eigenen gegebenen Verhaltensregeln hätten wir eigentlich nur eine Anhörung durchführen dürfen. Deswegen mache ich jetzt mal einen ganz netten Vorschlag, weil wir ja doch schon ein bisschen in der Zeit vorangeschritten sind, dass wir jetzt hier die Rednerliste schließen, dass wir die Sitzung jetzt noch um eine halbe Stunde verlängern und wir dann den Anzuhörenden das Wort erteilen. Können wir da alle so mitgehen, oder soll ich die Abstimmung streitig stellen? – [Zuruf von Taylan Kurt (GRÜNE)] – Ja, der Senat ist auch noch dran, ist doch selbstverständlich, Herr Abgeordneter Kurt. Können wir das so machen? – Wenn ich keinen Widerspruch höre, dann verfahren wir so. Dann würde ich zuerst der Frau Staatssekretärin und danach Herrn Rehders das Wort erteilen. – Bitte schön!

Staatssekretärin Cerstin-Ullrike Richter-Kotowski (SenKultGZ): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben sehr viele Dinge angesprochen, und ich habe in meinem politischen Leben gelernt, dass man immer aufpassen muss, wie viel man an sich heranlässt. Den Vorwurf von Frau Billig, ich würde das Atelier- oder das Arbeitsraumprogramm zugrunde richten, ist allerdings etwas, wo ich zusammenzucke. Ich habe vorhin gesagt, dass ich seit jetzt nunmehr fast auf den Tag genau ein Jahr Staatssekretärin bin, und es ist eines der Projekte gewesen, weswegen ich, ehrlich gesagt, als ich gefragt wurde, angenommen habe, weil ich gesagt habe: Ich will die Arbeitskraft und Zeit, die ich habe, nutzen, um das Arbeitsraumprogramm aus dem – wie sagten Sie so nett? – „Chaos“ herauszuführen. Ich habe es nicht in dem Jahr geschafft, nein, das habe ich nicht. Aber ich glaube, dass ich vieles, was vorher an Unruhe da war, mindestens in Bahnen habe lenken können. Ich bin sehr vorsichtig mit dem, was ich ausdrücke. Ich habe eine Situation mit einem Nachtragshaushalt aus 2025 vorgefunden, ich habe eine Situation einer – vorsichtig gesagt – verunsicherten Trägerlandschaft, verunsicherten Künstlern vorgefunden, die aus einer Zeit eines extremen Aufwuchs an Räumen, wo Raum und Geld zur Verfügung standen, gekommen waren. In dieser Zeit hat sich das Arbeitsraumprogramm – das war ja die Entscheidung – verändert und ist extrem aufgewachsen. Es galt jetzt, das auf der Basis dessen, was mir vom Haushaltsgesetzgeber vorgegeben war, nach Möglichkeit zu konsolidieren. Das war meine Aufgabe. Und ich sage Ihnen, auch wenn Sie vieles von dem vielleicht nicht wissen, was ich da tue, glauben Sie mir, ich sitze nicht jeden Tag und drehe Däumchen und überlege mir, was ich denn jetzt als nächstes machen sollte, sondern ich arbeite sehr intensiv und auch mit den einzelnen Playern an der Stelle zusammen.

Jetzt ganz im Konkreten: Ich habe Ihnen die Situation geschildert, mit der ich übernommen habe. Ja, ich habe – insofern stimmt es – das Haus neu ausgerichtet, indem ich dafür gesorgt habe, dass ich gesagt habe: Die Verträge, die von der GSE gehalten werden, werden so weitergeführt. Wir haben entschieden, dass bestimmte Ausbauprojekte nicht weitergeführt werden, um uns auf das zu konzentrieren, was wir – in Anführungszeichen – unter Vertrag hatten. Das ist auch das, was Ihnen im Hauptausschuss entsprechend mitgeteilt worden ist. Ja, wir sind dabei, das Thema Leerstand sehr intensiv zu bearbeiten, weil ich es, ehrlich gesagt, auf Dauer nicht – Da hat Herr Wesener völlig recht, es ist nicht einsehbar, dass für Leerstand aus diesem Programm Gelder gezahlt werden – das muss man sich ja auch immer klar machen –, und zwar nicht nur an die BIM, um das auch mal sehr deutlich zu sagen, sondern auch an andere. Das ist etwas, was angepackt werden muss.

Dann das Thema Förderrichtlinie: Ja, Sie können mir vorwerfen, ich habe nicht im letzten Jahr sofort mit dem Thema Förderrichtlinien angefangen, mir kam es erst mal darauf an, es mit dem Haushalt so hinzubekommen, dass wir überhaupt am 1. Januar 2026 mit Verträgen

vernünftig weiterarbeiten konnten. Ich kann da nur eins nach dem anderen tun. Und ja, die Aufträge für neue Förderrichtlinien sind in Auftrag gegeben, in mein Haus hinein. Das nehmen Sie mir ab, dazu werde ich nicht die einzelnen Förderverhandlungen führen, aber der Auftrag ist, dass wir verlässliche Förderrichtlinien zum 1. Januar 2027 haben. Da muss natürlich auch geregelt werden, was mit Übergangsregelungen ist, um hier einfach auch noch mal ganz konkrete Dinge zu nennen.

Natürlich ist das Atelierbüro für die Atelierförderung dasjenige, mit dem wir hier diese Förderrichtlinien gemeinsam besprechen müssen. In dem Augenblick, wo wir sie dann haben, werden wir sie natürlich auch gemeinsam diskutieren. Da wird es so sein, es wird gar nicht anders funktionieren, dass wir an der einen oder anderen Stelle auch Erhöhungen drin haben werden. Da geht es natürlich darum, wie man Betriebskosten abbildet. Wir können es nur pauschal machen. Wir können keine Einzelbetriebskostenabrechnungen machen, denn dann müssten wir überall einzelne Stromzähler einbauen, was noch mal zusätzliche Kosten verursachen würde. Es muss mit einer Pauschalen gehen und, und, und. Dann geht es natürlich darum: Der eine verbraucht mehr Wasser, der andere verbraucht mehr Strom. Was ist mit Verkehrsflächen? Die Schönfließer Straße ist als Problem mit Betriebsnebenkosten eben auch angesprochen worden. Das sind dann natürlich Details, die dann auch mit abgebildet werden müssen.

Treuhandvermögen: Treuhandvermögen ist etwas, da hat mich Herr Strohm ziemlich, ich glaube relativ am Anfang, auf die Problematik hingewiesen und hat ausdrücklich gesagt, dass wir für das Thema Treuhandvermögen eine neue Regelung benötigen, da die Regelung, so wie sie jetzt war, dass die GSE Treuhandnehmer und gleichzeitig Vermieter ist – – [Zuruf: Zuwendungsempfänger!] – – Zuwendungsempfänger, Entschuldigung, Sie haben recht –, dass das ein Thema ist. Wir haben es an mehreren Stellen geschafft, es zu lösen. Wir haben es bei zwei Stellen noch nicht geschafft. Dafür gab es auch eine Idee, eine Lösung im Januar. Ich gucke jetzt zum Atelierbüro, wo wir auch Varianten entwickelt haben. Nein, da sind wir noch nicht weitergekommen. Das ist noch auf meiner To-do-Liste. Ich kann nur die Dinge nacheinander abarbeiten.

Ich will nur noch einmal sehr deutlich sagen, dass sich bei dem das Thema, wie wir die Arbeitsraumförderung insgesamt für das Land Berlin ausrichten, an vielen Stellen im letzten Jahr sehr grundlegende Dinge auch in der Entscheidung verändert haben. Ja, das ist richtig so, dazu kann man stehen, wie man will. Ich habe da einen Auftrag, den ich mitgenommen habe und den ich als Aufsichtsratsvorsitzende, Herr Förster hat seitdem schon graue Haare, ich auch, – [Dirk Förster (KRB): Die hatte ich vorher schon!] – Ach nein, Sie haben den Witz bemerkt, super! Dass wir da auch um Lösungen gerungen haben, die wir auch dann innerhalb der – – ich auch mit den Vorlagen entsprechend hier abgebildet habe. Die letzte Nummer hier 1652 E zeigt Ihnen ja auch auf, wie wir – – Deswegen ist da schon drin, wie die Idee auch in der Zukunft weiter fortzuführen ist, hier auch noch einmal definitiv aufgeschrieben worden. – Für die Einzelheiten, die Sie jetzt noch haben, übergebe ich jetzt an Herrn Rehders.

Helge Rehders (SenKultGZ): Vielen Dank! – Für die Einzelheiten versuche ich mich mal durch die Themen zu hangeln, die ich mir notiert habe.

Zur Wilsnacker Straße: Warum hat das nicht funktioniert? – Da muss man jetzt einfach sagen, die Wilsnacker Straße ist natürlich nicht ein Einzelfall, sondern es gibt eine ganze Reihe von

Liegenschaften, deren Vertragsende jetzt ins Haus steht. Deswegen ist es auch nicht isoliert zu betrachten, wenn da am Ende aufseiten der Bewilligungsstelle geguckt wird, was das mit dem Gesamtansatz macht. Man muss einfach sagen, an der Stelle ist zu wenig Geld im System. Ich würde mal denken, 1 Million Euro fehlt uns an der Stelle in diesem System. Ich kann ich auch gern noch mal untersetzen, woran das liegt. Es hat einfach zu der Situation geführt, dass wir in der Summe ohne eine Überschreitung des Haushaltsansatzes nicht bewilligen konnten. Das ist die Situation. Wir haben dann versucht, ohne die Förderrichtlinie, wie sie sich zurzeit darstellt, eine Lösung zu finden. Das ist uns an der Stelle nicht geglückt.

Zur KRB: Frau Kühnemann-Grunow, ich habe nicht ganz verstanden, woher Sie 500 000 Euro zusätzlich für die Kulturraum gGmbH lesen. Man kann im Wirtschaftsplan, der im Haushaltsplan abgedruckt ist, lesen, dass die Zuschüsse für Personal an der Stelle regressiv sind, und Herr Förster hat gerade noch mal ausgeführt, mit welchen Maßnahmen er das untersetzt.

Sie hatten nach der Bedeutung der GSE gefragt. Ich glaube, ein wesentlicher Punkt für die Dissonanzen, die es gibt, ist einfach die Unbrauchbarkeit der Projektförderung für das, was wir da machen. Da bin ich völlig bei Philipp Strohm. Das ist richtig. Nur leider die Forderung oder Empfehlung, die in der Präsentation war, nämlich wir stellen auf institutionelle Förderung um, da haben wir einfach ein großes Problem: Die GSE macht ja deutlich mehr als nur Kunstförderung und Künstlerinnen- und Künstlerförderung. Sie ist ja vor allen Dingen im sozialen Bereich unterwegs. Da ist uns eine Förderung der Gesamteinstitution nicht ohne Weiteres möglich.

Zur Höhe der Mittel an die BIM: Wir haben, das führt ein bisschen auch zu der Frage der berühmten 4 bis 5 Millionen Euro Gap, ich glaube, das war eine Frage von Ihnen, Herr Wesener. Vielleicht kann man sich noch mal ein bisschen über den Daumen gepeilt die Mittelverteilung im Titel 68615 anschauen. Bei der GSE sind es jetzt mittlerweile gut 5 Millionen Euro, die im Bestand und Projekt Einzelliegenschaften zugewendet werden. Es sind bei der KRB insgesamt Mittel von 14,2 Millionen Euro in 2026 und 13,5 Millionen Euro in 2027. Wohl gemerkt, die Kürzungen, die wir im Titel haben, sind komplett bei der KRB realisiert worden. Das würde ich gern an der Stelle einmal angemerkt haben. In den Anmietmitteln sieht es so aus, dass wir bei ungefähr 8,5 Millionen Euro für Anmietung bei Privaten sind. Wir sind bei gut 2,2 Millionen Euro für die Anmietung von Landesliegenschaften – die finden Sie natürlich nicht in dieser Liste – und dann noch die gut 1,25 Millionen Euro dieses Jahr an die Uferhallen.

Wir haben außerdem noch, und das dreht ein bisschen die Kurve zum Thema Leerstand – –

Ein ganz wesentlicher Anteil der Leerstandsflächen ist dadurch verursacht, dass wir in den Kulturhaushalt nur die Objekte aus dem Landeseigentum bekommen, die wir mit Mieten und Betriebskosten schon untersetzt haben, sonst würden wir sie gar nicht bekommen. Das heißt, so wunderbare Objekte wie Lehrter Straße 60 und 61, aber auch Wilhelminenhofstraße, Friedensstraße und so weiter sind natürlich auch vor Betriebsaufnahme im Haushalt etatisiert, und diese Mittel fehlen sozusagen in diesen Rechnungen. Diese Mittel sind aber nicht so, dass sich die BIM damit einfach sozusagen bereichert. Das macht die BIM ja grundsätzlich nicht, sondern die Mittel laufen in den Bauunterhalt für die SODA oder SILB-Objekte – die Lehrter Straße ist ja noch ein SILB-Objekt – und werden auf den Weg dann auch den entsprechenden Liegenschaften zugutekommen.

Das Verfahren zur Beantragung der Verpflichtungsermächtigungen ist relativ einfach. Es muss ein Antrag geben, und der muss vor Vertragsschluss gestellt werden – dafür sind unsere jeweiligen Generalmieterinnen zuständig –, und dann muss die Finanzverwaltung diesem Antrag zustimmen. Die Frage kam, glaube ich, auch von Ihnen, Frau Kühnemann-Grunow.

Vielleicht mal zu den Themen von Ihnen, Herr Wesener, glaube ich: In der Tat, Verpflichtungsermächtigungen werden wieder gebucht, Herr Förster hat ja zwei Beispiele genannt, wo er genau in diesem Verfahren das auch getan hat.

Wir haben vielleicht noch das Thema, welche Aufgaben Förderband im Arbeitsraumprogramm hat, ich glaube, Frau Schmidt, das kam von Ihnen. Die Aufgabe, die Förderband macht, ist eine ganz ähnliche zu denen, die die anderen beiden Generalmieter machen, es kommt nur noch eine weitere Aufgabe hinzu, weil ja Frau Bauer mit ihrem Team quasi eine Art Stundenhotel betreibt. Das heißt, man kann auch sehr kurzfristige Zeitachsen in diesen Theaterhäusern mieten, und dieser Anteil an Disposition ist bei diesen, dann hoffentlich irgendwann drei, Einrichtungen, nämlich Theaterhaus Mitte, Theaterhaus Schnellerstraße und Theaterhaus Parkaue, relativ ähnlich. – Ich glaube, das war es.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank! – Dann würden wir wieder bei Ihnen, Frau Bauer, beginnen, wenn Sie mögen.

Andrea Bauer (theaterhaus berlin, Kulturinitiative Förderband gGmbH): Ich habe jetzt keine Frage für mich entdeckt.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Dann geben wir gleich weiter an das Team Brodauf/Siebert. – Bitte schön!

Julia Brodauf (Atelierbüro): Danke schön! – Ich möchte am Anfang sagen, liebe Frau Staatssekretärin, vielen Dank für Ihren Einsatz! Wir sind oft in Gesprächen, wir wissen das sehr zu schätzen.

Zur SPD: Sie haben gefragt: Was sind die Folgen der vorliegenden Situation für die Künstlerinnen und Künstler? – Das Allerwichtigste ist die fehlende Planungssicherheit, wenn man künstlerisch erfolgreich arbeiten möchte. Zusammen mit vielen anderen Partnern und Institutionen muss man in die Zukunft blicken, und zwar länger als dieses Jahr, auch länger als das nächste Jahr. Wie sich das im konkreten Fall zeigt, das finden Sie – – Es müsste Ihnen ein Papier vorliegen, das vom Bündnis der geförderten Atelierhäuser an Sie ausgeteilt werden sollte, das gibt es nämlich. Da hat Andrea Scrima sehr eindrücklich beschrieben, was es bedeutet, wenn die Planungssicherheit fehlt, also wenn der Raum zwar noch da ist, aber man nicht weiß, ob er nächstes Jahr noch da ist. Es bedeutet ganz konkret Karriereknicke. Das ist das, was passiert.

Die Künstlerinnen und Künstler haben sich deswegen zusammengeschlossen, um sich auch auszutauschen, in dieser Situation auch schon eigene Veranstaltungen gemacht. Viele von ihnen sind auch heute hier, das haben Sie schon gehört, auch wenn es Sie gestört hat, Herr Mock-Stümer, es ist in dem großen Interesse der Künstlerinnen und Künstler, diese Sicherheit wieder zu erlangen, und Sie engagieren sich darin. – [Zuruf vom Vorsitzenden Peer Mock-

Stümer] – Ja, Sie hatten gesagt, der Applaus im Hintergrund möge bitte ausbleiben. Aber das zeigt mir, dass die Leute da sind.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Jetzt muss ich leider da mal reingrätschen, das ist parlamentarischer Comment. – [Julia Brodauf (Atelierbüro): Ja, natürlich!] – Das wird im Abgeordnetenhaus grundsätzlich nicht geduldet und vor dem Hintergrund stehe ich auch weiterhin dazu. – Bitte schön!

Julia Brodauf (Atelierbüro): Das habe ich sehr wohl verstanden, ich sagte nur: Man hat es gehört, dass sie da sind.

Die Künstlerinnen und Künstler, die bildenden Künstlerinnen und Künstler sind in dem Fall auch die, die ganz konkret von den im Raum stehenden Abmietungen betroffen sind. Das betrifft momentan vorwiegend die bildende Kunst. Es hat die anderen Künste durchaus auch betroffen, durch das Budget der Kulturraumkontingente, der temporären Vermietungen, aber jetzt, was die langfristigen Räume angeht, sind es gerade vornehmlich die bildenden Künstlerinnen und Künstler, weil die sogenannten alten Häuser, die schon im Atelieranmietprogramm waren, bevor es das Arbeitsraumprogramm gab, und die dorthin überführt worden sind, natürlich die sind, wo jetzt Verträge auslaufen oder verlängert werden müssten, wo sich die Möglichkeit der Kürzung ergibt, ob das jetzt wirtschaftlich gerade sinnvoll ist, global gesehen, oder nicht.

Tatsächlich löst diese Schubumkehr in der ganzen Gestaltung des Arbeitsraumprogramms in der Gesamtfinanzierung skurrile Situationen aus, weil wir die teuren Sachen später angemietet haben, die jetzt behalten werden, die billigen müssen dafür aufgegeben werden. Diejenigen, die es momentan auffangen sollen, sind die Künstlerinnen und Künstler – Stichwort Förder Richtlinien. Das ist jetzt schon mehrfach gefallen. Was heute auch schon mehrfach angesprochen wurde, sind die Möglichkeiten, die die Künstlerinnen und Künstler haben, verglichen mit dem Land Berlin. Sie sind ja trotzdem dazu bereit, aber wenn man sich vor Augen führt, welche Effekte wir damit erzielen können, ist es tatsächlich nicht das richtige Mittel. Wir haben momentan Standorte in der Anmietung, die kosten 600 000 Euro, 650 000 Euro Förderung im Jahr, weil sie später angemietet worden sind. Wir geben jetzt Standorte auf, die, wie man gesehen hat, 22 000 Euro im Jahr Miete kosten, weil sie früher angemietet worden sind. Wenn man das auf die Zahl der Künstlerinnen und Künstler umrechnet, liegt dazwischen eine halbe Million Euro. Wenn man im gesamten Atelierprogramm, in allen 1 027 Ateliers, die Miete um 25 Prozent anheben würde, die die Künstlerinnen und Künstler zahlen, hätte man genau so eine Entscheidung kompensiert, aber noch keinen Gewinn gemacht.

Insofern halten wir als Atelierbeauftragte die Kompensation durch eine Steigerung der Miete als nicht wirklich zielführend. Wir finden, für diese Schubumkehr im Programm sind nicht die Künstlerinnen und Künstler verantwortlich, sondern die Politik, die deswegen auch die Verantwortung für diese Kosten mit übernehmen sollte. Bei den älteren Häusern sind es ja tatsächlich nicht so viele. Wir haben in diesem Zahlenspiel tatsächlich konkreten Raumverlust in der Zählung; auch wenn es irgendwann in der Zukunft wieder Räume geben wird, sind die jetzt erst mal für Künstlerinnen und Künstler weg, die auf der Straße sitzen. Wenn wir neue Räume vergeben, dann vergeben wir die in einem Juryverfahren nach Förderrichtlinie. Die Förderrichtlinien gelten auch noch, solange keine weiteren Förderrichtlinien eingesetzt sind. Deswegen setzen wir nicht einfach Künstlerinnen und Künstler um, sondern sie stehen dann

in der Konkurrenz mit anderen Künstlern, die natürlich auch einen ganz konkreten Bedarf an diesen Räumen haben. Deswegen funktioniert das Rechenspiel für uns nicht. Wir haben einen konkreten Verlust.

Wir unterstützen die Künstlerinnen und Künstler durch Beratungen, durch Informationsveranstaltungen, wir haben Vorschläge zur Rettung unterbreitet. Dazu spricht Herr Siebert gleich noch. Wir haben auch Weiterbildungsangebote in Zusammenarbeit mit dem Bildungswerk begonnen, das sich ebenfalls unter dem Dach des BBK befindet, um sowohl die Künstler in den Bestandshäusern als auch in denen außerhalb des Bestands dabei zu unterstützen, sich zu organisieren und sich selbst weiterzuhelfen. – Ich glaube, ich habe erst mal alles gesagt, was ich sagen wollte. Du bist dran!

Lennart Siebert (Atelierbüro): Vielen Dank! – Ich fange noch mal bei den Treuhandobjekten an und erkläre noch mal ganz kurz die Genese. Es ist nicht erst seit gestern bekannt, dass das Konstrukt der GSE in den Treuhandobjekten für die Atelierförderung nicht mehr funktioniert. Ende letzten Jahres wurden wir dann seitens der Verwaltung gefragt, ob wir Teil der Lösung sein können, was wir natürlich ehrenvoll geprüft haben. Auf der anderen Seite haben wir uns natürlich auch gefragt: Wieso hat das so lange gedauert, bis sich überhaupt was bewegt? – Auf der anderen Seite haben wir uns dann sehr konstruktiv auch mit Ihnen, Frau Staatssekretärin, in den verschiedenen Terminen hingestellt – da kann ich nur unterstützen, was Frau Brodauf gesagt hat – , an Lösungen gearbeitet und dann Ende letzten Jahres im Eilverfahren mehrere Vorschläge unterbreitet, die wir mit der GSE vorher abgestimmt hatten. Wir können jetzt natürlich auf eine Entscheidung warten, die noch in der Luft hängt, die Künstlerinnen und Künstler können es nicht, denn am Ende tragen wir diese Wartezeit auf deren Schultern aus, und es sind schon erste Leute ausgezogen. Wie es weitergeht, können wir uns alle ausmalen, aber wir stehen nach wie vor zur Verfügung.

Frau Kühnemann-Grunow hatte gefragt, ob es möglich wäre, die Trägerschaft auf das Atelierbüro bzw. auf das Kulturwerk zu übertragen. Unsere Antwort lautet nach wie vor: Ja, wir wären immer noch bereit, dies zu tun.

Es gab noch eine Frage zu der Anstrengung, die das Atelierbüro in Bezug auf die Struktur innerhalb des Bündnisses Kulturräume übernimmt, und wie das zu verbessern wäre. Vielleicht kann man dazu noch mal ganz kurz sagen: Im Anschluss an den schon angesprochenen Nachtragshaushalt 2025 gab es eine große Unklarheit zur Trägerschaft im Arbeitsraumprogramm. Wir wussten nicht, wer die Generalmieterschaft, wer die Trägerschaft macht und so weiter. In dem Zuge hatten wir als Atelierbüro gesagt: Okay, dann würden wir natürlich die Trägerschaft für die Ateliers wieder übernehmen. – Bislang hängt das auch noch in der Luft, wir stehen aber nach wie vor zur Verfügung.

Vielleicht kann man das noch durch etwas, das Herr Förster auch schon angesprochen hatte, ergänzen, dass wir mittlerweile wieder in Gesprächen über eine Art Kooperationsvertrag unter allen Partnerinnen und Partnern sind. Das ist auch eine Sache, die wir auf jeden Fall wollen, weil ich glaube, wir haben alle Besseres zu tun, als uns gegenseitig die Sinnfrage zu stellen. Wir wollen, glaube ich, alle das Gleiche. Das würde ich einfach mal hier festhalten wollen. Ich denke – vielleicht kann man das auch noch mal ganz pathetisch unterstreichen –, dass wir hier seit 33 Jahren an diesem Programm arbeiten, ist eine große Investition vom Land Berlin, es ist ein Commitment. Ich darf Ihnen verraten, es hat sich auch über die Grenzen von Berlin

hinaus rumgesprachen. Ich glaube, wir haben so viele engagierte und auch kompetente Leute innerhalb dieser, ich nenne es jetzt mal, Belegschaft, die sich dafür einsetzen. Das sollten wir nicht verlieren. Ich glaube, wir bekommen das auch hin, auch im Zuge der nächsten Koalition. Das ist jetzt ein Wunsch an die Zukunft.

Was ist ansonsten noch gefragt worden? – An welchen Alternativen zur Entwicklung von neuen Arbeitsräumen arbeiten wir aktuell? – Wir haben es vorhin angesprochen, der investive Titel 89/1100 ist de facto fast komplett gestrichen worden. Wir haben aufgrund dessen mit gemeinwohlorientierten Playern aus der Immobilienwirtschaft Kontakt aufgenommen, haben ein Bündnis geschlossen und gucken, ob wir da günstige Mieten an Künstlerinnen und Künstler wieder weitergeben können. Wir kooperieren aktuell mit verschiedenen Bezirken zur Entwicklung neuer Standorte und sind da auch schon in konkreten Vertragsverhandlungen. Wir haben auch Gespräche mit der BIM geführt, so wie mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung im Zuge des Atelierwohnraumprogramms.

Vielleicht kann ich abschließend nur noch einmal darauf aufmerksam machen, eine Frage war noch offen, die wir uns natürlich auch stellen: Was ist die Gesamtstrategie? Können wir daran mitbestimmen? Und wer übernimmt eigentlich die Verantwortung für die aktuelle Situation? – Vielen Dank!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Herr Brunet, Herr Sadowski, bitte schön!

Daniel Brunet (Bündnis Freie Szene Berlin e. V.): Vielen Dank! – An dieser Stelle möchte ich auch meinen Dank an die Frau Staatssekretärin, an Herrn Rehders, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kulturverwaltung, an die Regierungskoalition und auch an die ehemalige Rot-Rot-Grün-Koalition aussprechen, denn Kunst und Kultur sind wichtig. Wir sind eine Kulturmetropole, und ohne Arbeitsräume ist es unmöglich.

Die zwei Punkte, die ich ansprechen möchte, sind: Ich habe in meinem Input den Wegfall von sechs Proberäumen für Darstellende Kunst und Tanz in der Teilestraße dargestellt. Wir brauchen jeden Raum. Ich hole hier kurz aus: Ich bin hier in meiner ehrenamtlichen Aufgabe als Sprecher für die Darstellende Kunst und die Koalition der Freien Szene. Hauptamtlich bin ich Theaterleiter, Regisseur und Schauspieler. Wenn ich inszeniere, brauche ich Arbeitsräume, die ich nicht nur stundenweise, sondern wochenweise mieten kann. Ich brauche Räumlichkeiten, die groß genug sind, dass sie die Bühne simulieren, wo ich letztendlich die Inszenierung zur Aufführung bringe, und ich brauche die Möglichkeit, dort aufzubauen, sodass ich nicht jeden Tag auf- und abbauen muss. Was wir in der Teilestraße gehabt haben, waren sechs wunderbare Räume, die mit Geldern aus dem ARP ausgestattet und aufgebaut wurden, die jetzt ersatzlos wegfallen. Wir sind eine Kulturmetropole. Wir sind ein Stadtstaat. Wir sind zwölf Bezirke, und die Teilestraße ist in Tempelhof-Schöneberg. Auch wenn wir sehr viele neue tolle Arbeitsräume in Lichtenberg mit dem Südflügel des Theaters An der Parkaue bekommen, ersetzt das nicht die Dringlichkeit dieser Räume in dem Bezirk, wo sie jetzt sind, denn die Künstlerinnen und Künstler in Berlin sind überall. Wenn ich adäquate Arbeitsräume habe, wo ich inszenieren kann, erhöht das die Möglichkeit, dass die Inszenierungen ihr künstlerisches Potenzial erreichen können. Leider ist die Arbeitsrealität in der Freien Szene so: Normalerweise komme ich an einem Montag an den Aufführungsort und muss dann auch noch die Technik aufbauen, ich kann nicht gleichzeitig die Technik aufbauen und proben. Wenn ich gut bin, habe ich exakt drei Tage: Montag, Dienstag und Mittwoch, um mit der Einrichtung und den Endproben fertig zu sein, damit ich Donnerstag, Freitag und Samstag in die Aufführungen gehen kann. Je mehr Arbeitsräume wir haben, die wirklich als Probebühnen eingerichtet sind, desto größer ist die Möglichkeit, die Fülle des künstlerischen Potenzials – und damit rede ich noch mal über die Nachhaltigkeit der Förderung – zu erreichen.

Ich möchte kurz zur Wirkung der Kürzungen auf das Raumbüro sprechen. Das Raumbüro Freie Szene hat momentan, Stand jetzt, 185 000 Euro im Jahr zur Verfügung. Wir hatten letztes Jahr 225 000 Euro. Wir mussten auf eine Teilzeitstelle vollkommen verzichten. Das Raumbüro hat zusammen mit der Koalition der Freien Szene eine kulturfachliche Aufsicht, die ich und meine Kollegin Kerstin Quitsch mache, und da wir jetzt so wenig haben, verlieren wir unsere wertvolle Koordinierungszeit, um zu schauen, wo wir diese begrenzten Stunden am besten einsetzen können. Die Lage ist komplizierter geworden, weil sich das Arbeitsraumprogramm richtigerweise für alle Sparten öffnet, nicht nur für die Sparten, die historisch in der Koalition der Freien Szene vertreten sind, sondern auch für Dinge wie Film oder Popmusik. Diese neuen Zugänge erschweren noch mal und beanspruchen noch mehr die begrenzten Arbeitszeiten unserer MAs. Wie ich auch im Input gesagt habe, können wir nur projektgeförderte einjährige Arbeitsverträge anbieten, die leider längst nicht so attraktiv sind wie zum Beispiel die Arbeitsverträge der Kulturraum Berlin gGmbH, ganz zu schweigen von dem freien Markt.

Am Ende möchte ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen des Arbeitsraumprogramms herzlich bedanken, denn es ist nur zusammen und auf Augenhöhe möglich, dass wir gemeinsam dieses volle Potenzial des Arbeitsraumprogramms realisieren können. – Danke schön!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank! – Herr Förster, bitte schön!

Dirk Förster (KRB gGmbH): Vielen Dank! – Ich schließe mich an und möchte auf Frau Kühnemann-Grunow Bezug nehmen. Ich glaube, da gibt es einen Irrtum. Wir haben das temporäre Geschäft nicht vollständig beendet, denn wir hatten auch schon vor dem Theater An der Parkaue ein temporäres Vermietungsgeschäft – Herr Brunet hat es klar gesagt –; das ist auch ganz wichtig, dass es nicht an drei Standorten in Berlin konzentriert ist, sondern in den Bezirken Angebote vorhanden sind. Wir haben vier Standorte.

Sie hatten gefragt: Warum steigen die Personalkosten? – Die Personalkosten steigen laut Plan zwischen 2026 und 2027 um 61 000 Euro. Warum steigen Sie? – Weil die Tarife steigen. Wir unterliegen gemäß den Beteiligungsgrundsätzen des Landes Berlin dem TV-L. Die Tarife steigen nun einmal, und die Lohnnebenkosten steigen, und mit 61 000 Euro ist das gut dosiert. Sie haben außerdem gefragt: Wie sparen wir die 500 000 Euro ein? – Ich möchte darauf hinweisen, dass es hier im Haushaltsabdruck einen redaktionellen Fehler gibt, weil er die nämlich nicht wiedergibt. – Zweitens: Wir haben das eingespart durch die Nichtübernahme der Betreiberschaft vom Theater An der Parkaue Südflügel, durch die Aufgabe der Wilhelmsaue 112 und durch Kürzungen durch sämtliche Positionen im Wirtschaftsplan, wo man dann insgesamt auf die 500 000 Euro kurzfristig kommt, denn das war eine sehr kurzfristige Information.

Ich möchte noch auf Herrn Dr. Juhnke Bezug nehmen. Er hat nach Lösungsansätzen gefragt. Ein Lösungsansatz hat sich bereits abgezeichnet. Insgesamt wird es, wenn mehr landeseigene Liegenschaften im Portfolio sind, mit der Kulturmiete, die die BIM dort ansetzt, natürlich eine Korrektur oder eine andere Entwicklung der Durchschnittsmiete geben, als wenn man weiterhin auf dem privaten Markt ansetzt. Insofern ist das Gesetz des Stoppsignals weiterer Flächenanmietungen im privaten Markt auch wirksam. Außerdem sprechen wir auch mit den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften darüber: Wo kann man gegebenenfalls Ersatzflächen finden, wenn die irgendwo in Berlin Flächen entwickeln? Das sind natürlich langfristige Projekte. Da reden wir jetzt vielleicht über 2028, 2029, 2030, aber das, was wir jetzt diskutieren, setzt sich in den folgenden Jahren noch fort, und da wird sich die Frage stellen: Wie können wir da vielleicht auch in Nutzung befindliche Räume ersetzen, wenn wir sie nicht mehr am alten Standort finanzieren können?

Eines wollte ich noch korrigieren: Ich habe nicht um Kriterien gebeten. Ich habe lediglich festgestellt, dass es noch keine allgemein verabredeten Kriterien gibt. Wir haben Kriterien, mit denen wir die Standorte bewerten, Frau Kühnemann-Grunow, die geben wir auch in unseren Aufsichtsrat. Darüber sind wir auch im Austausch mit der Senatsverwaltung. Wir sind auch im Austausch mit allen Akteuren hier, wie man Standorte bewerten sollte, wenn man über Verlängerungen spricht. Es gibt aber schlicht und einfach derzeit keine Richtlinie dazu. Das ist nun mal so, und das ist ein Prozess, und der geht gut voran. Erst heute habe ich wieder eine Anfrage dazu erhalten, wo wir wieder in einen neuen Austausch mit der Senatsverwaltung dazu gehen, und das ist auch gut und richtig so.

Frau Billig hat gefragt: Was fällt denn bei uns durch die VZÄ-Reduzierung weg? – Auch das wurde schon benannt, nämlich die Beratung der bedrohten Standorte ist bei uns weggefallen. Die haben wir aufgegeben, und wir haben das Projekt Theater An der Parkaue aufgegeben, das mehr Personal in der Betreuung vor Ort nötig gemacht hätte. Wir haben an verschiedenen anderen geplanten Personalmaßnahmen gespart, zum Beispiel bei der hausinternen IT. Wir verzichten auf Elternzeitvertretungen, was zu Mehrbelastungen führt et cetera, also wir sparen an allen Ecken und Enden Personal ein, wo es geht. Die Frage zum Aufwand des Umzugs Wilhelmsaue würde ich Ihnen vielleicht noch mal direkt beantworten und aufschlüsseln.

Sie hatten nach dem Ressourcenverbrauch durch fehlende VZÄ gefragt. Ich kann es mal pragmatisch beschreiben: Wenn man einen Vertrag einjährig verlängert, dann wird vielleicht die Miete angehoben, um beispielsweise 4,5 oder 5 Prozent, manchmal aber auch noch deutlich mehr. Wir haben auch schon erhebliche Sprünge um 50 Prozent zum Beispiel erlebt. Wenn man das längerfristig verhandeln kann, dann steigt man mit einem niedrigeren Prozentsatz von vielleicht 1,5 Prozent ein. Dann geht es nach zwei Jahren weiter mit 2 Prozent, dann geht es weiter mit 3 Prozent et cetera, sodass man jedes Jahr ein paar tausend Euro pro Mietvertrag einsparen könnte. Natürlich macht eine einjährige Verlängerung auch mehr Personalaufwand, weil ich jedes Jahr das Thema wieder neu bespielen muss, zum einen in Richtung der ganzen Planung in der Diskussion und in den Verhandlungen mit den Eigentümerinnen und Eigentümern und natürlich auch in der sehr – Herr Strohm hat es dargestellt – aufwendigen Kommunikation mit den – das haben die Kolleginnen und Kollegen berichtet – sehr stark davon betroffenen Künstlerinnen und Künstlern, die an den Standorten sind und die natürlich ständig, und das kennen Sie als Politikerinnen und Politiker, dass bei Ihnen nachgefragt wird – – Und genau das Gleiche passiert bei uns, bei der Senatsverwaltung und bei der GSE. Es ist also ein erheblicher Aufwand, der dadurch entsteht, dass die Künstlerinnen und Künstler verunsichert sind und überall ein rettendes Ufer suchen.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank! – Herr Strohm, bitte schön!

Philipp Strohm (GSE gGmbH): Vielen Dank! – Vielen Dank auch für Ihre Geduld! Jetzt muss ich wieder als Letzter sprechen, und wir sind schon wieder zehn Minuten über der Zeit. Deswegen versuche ich, einmal konzentriert durchzugehen.

Ich fange bei Frau Kühnemann-Grunow an. Sie haben gefragt, wie es kommt, dass wir vielleicht auch mal eine Zuwendung nicht anwenden können. – Die GSE handelt immer, und zwar ausschließlich, innerhalb der Förderrichtlinien und nicht außerhalb. Wenn also Anpassungen vorgenommen werden sollen, dann sind die mit entsprechenden Richtlinien zu unterlegen. Wir werden und müssen uns dagegen verwehren, außerhalb von gängigen Förderrichtlinien zu arbeiten. Das dürfen wir auch gar nicht. Deswegen kann es sein, dass wir auch mal eine Zuwendung zurückweisen müssen, wenn sie entsprechende Vorkehrungen unterhält.

Sie haben bezüglich der institutionellen Förderung oder der Geschäftsbesorgungsverträge gefragt, ob das eine Erleichterung wäre. – Unbedingt. Herr Rehders! Sie hatten dazu ausgeführt, dass eine institutionelle Förderung nicht möglich ist. Das kann ich hier vielleicht nicht voll umfassend beurteilen, aber sprechen Sie mit uns. Ich habe kein Problem, auch als Geschäftsbesorger zu fungieren. Alles ist machbar. Das lag alles schon auf dem Tisch. Frau Schmidt hatte das schon mal in anderer Rolle, als sie noch in Verantwortung war, angeregt.

Das sind alles Modelle, die praktiziert werden können und auch erfolgreich praktiziert werden. Daran soll es am Ende nicht scheitern, aber man muss mit uns sprechen.

Herr Juhnke! Sie hatten zu Lösungsansätzen jenseits der Aufstockung gefragt. – Dafür möchte ich hier noch mal ganz deutlich plädieren. Es geht auch darum, Vertrauen zu schaffen und nicht nur gegenüber den Akteuren, sondern insbesondere auch gegenüber den privaten Eigentümern. Herr Rehders! Sie hatten ausgeführt, 75 Prozent der aktuellen Mietverträge sind in privaten Liegenschaften. Ich wundere mich manchmal, wie ruhig es noch auf dem Markt ist, denn wenn man dieses Theater mitbekommt, das wir manchmal hier aufführen, sind die Eigentümer privater Natur sehr ruhig, sind dem Programm gegenüber sehr positiv eingestellt und helfen ganz immens mit, dieses Programm am Leben zu erhalten. Da sind sicherlich auch einige, die vielleicht nicht so nett sind, aber auch sehr viele tolle private Eigentümer, die hier ganz wunderbare Räume zu sehr moderaten Konditionen zur Verfügung stellen. Ich glaube, bei denen gilt es, dass wir alle das Vertrauen auch weiterhin in sie halten, denn ohne sie funktioniert es nicht.

Vielleicht noch ein Hinweis dazu: Ich glaube, es würde sehr helfen, wenn man ein umfassendes Controlling hätte, zu sagen: Welche Standorte werden denn wie unter welchen Bedingungen gefördert? Das würde ich mir auch wünschen, damit wir alle mehr Klarheit haben zu sehen, wohin es denn laufen soll. Dass die Förderschienen angepasst werden können, dass das aber natürlich unter den Bedarfen, die vom Atelierbüro und auch vom Raumbüro ausgeführt werden und unter den wirtschaftlichen Bedingungen für die Künstlerinnen und Künstler sehr schwer werden wird, ist, glaube ich, jetzt allen hinlänglich bekannt. Nichtsdestotrotz wird man irgendwann in ein Gespräch gehen müssen, um handlungsfähig zu werden.

Dann eine sehr schöne Frage, danke, Frau Billig: Was bedeutet es, ohne Strategie zu handeln? – Das erleben wir auch gelegentlich. Ich möchte das noch mal an dem Beispiel der Wilsnacker Straße darlegen. Herr Rehders, Sie hatten es gesagt, wir dürfen nicht nur Künstlerinnen und Künstler unterbringen, sondern auch viele andere Bedarfsgruppen, wohnungslose Menschen oder auch von Gewalt bedrohte Frauen, und alle diese Bedarfsgruppen sind am Ende Menschen. So ist es nun auch mal bei Künstlerinnen und Künstlern. Wir reden hier im Arbeitsraumprogramm über Straßennamen: Wilsnacker Straße irgendwas oder Hans-Meyer-Straße so und so. Dahinter stehen immer Einzelschicksale. Dahinter steht immer eine Person, und wenn ich in einer Mieterversammlung sehe, dass dort Leute überhaupt nichts falsch gemacht haben, diese Künstlerinnen und Künstler haben sich nichts zu Schulden kommen lassen, haben immer alles brav erfüllt, wir haben alles brav erfüllt, und am 1. November werde ich einige davon in die Wohnungslosigkeit räumen. Das, denke ich, muss man sich klarmachen. Wir reden hier am Ende über Schicksale. Das betrifft mich, und das finde ich nicht fair, wenn wir dort keine klare und verlässliche Kommunikation haben. Das sind für mich deswegen sehr schwierige Entscheidungen, die ich nicht nachvollziehen und erklären kann. Das bedeutet nebenbei auch eine sehr große Unsicherheit für die Künstlerinnen und Künstler.

Wie geht es bei den Sammelliegenschaften ohne VZÄ? Auch eine wunderbare Frage. – Diese Liegenschaften sind in der Regel sehr alte Verträge, die seit 1995, teilweise auch seit den Zweitausenderjahren bestehen. Die verlängern sich in der Regel jährlich, was wiederum gar nicht so schlecht ist, denn die Eigentümerinnen und Eigentümer wollen, dass es weitergeht. Wir wollen, dass es weitergeht. Wir haben jetzt angefangen, bei jedem dieser Altverträge nach Möglichkeit Sonderkündigungsrechte reinzuverhandeln, sodass man, wenn man nicht

mehr in der Lage sein sollte, Finanzmittel fehlen, auch unterjährig diese Verträge kündigen kann. Auch hier sage ich, das Vertrauen hilft sehr viel. Da ist es so, dass wir das Vertrauen von den Eigentümern zurückgespiegelt bekommen, und ich bin auch sehr dankbar, Frau Richter-Kotowski und Herr Rehders, dass Sie es angekündigt haben. Wir sind super gern bereit, jederzeit zu diesem Vertrauen zwischen uns und an diesem Verhältnis zu arbeiten und da auch wieder auf einer besseren Basis zusammenzuarbeiten. Da würde ich mir sehr wünschen, dass wir da auch in Zukunft im Gespräch bleiben.

Zum Stand Wilsnacker Straße hat Herr Kurt gefragt. – Der Standort ist verloren. Wir können nichts mehr machen. Die Option ist nicht gezogen. Wir können gern die Kontakte zum Eigentümer erfragen, ob wir sie weitergeben dürfen. Dann kann jemand anders dort gern anrufen. Das Tragische ist, die Künstlerinnen und Künstler leiden sehr darunter, und, das hatte ich eben schon gesagt, es betrifft mich auch persönlich, weil es am Ende keine Straßennamen sind, sondern Einzelschicksale von Menschen, und die haben garantiert nichts falsch gemacht.

Eine letzte Frage kam noch von Frau Schmidt zur gemeinsamen Runde, warum man nicht eine gemeinsame Runde macht bei der Wilsnacker Straße. Das ist auch eine wichtige Frage, warum man nicht alle an einen Tisch holt. – Wir haben das Gespräch. Frau Richter-Kotowski, Sie haben es gesagt, wir sprechen einzeln regelmäßig gemeinsam miteinander. Wir haben aber auch sehr viel Kommunikation über Bescheide. So ist das im Zuwendungswesen. Man stellt einen Antrag, und man bekommt irgendwann eine Antwort oder man bekommt auch keine. Ich glaube, dass die Kommunikation über Zuwendungsbescheide keine ist, die dem Programm nennenswert weiterhilft, sondern wir müssen zu einer Kommunikation kommen. Wir haben eine Telefonnummer. Jeder, der mich hier mittlerweile kennt, weiß, dass ich gar nicht so schlecht erreichbar bin und kann mich jederzeit anrufen und auch Zwischenfragen stellen, wenn irgendetwas ist. Dieses Angebot wiederhole ich regelmäßig. Rufen Sie mich oder meine Kollegin an, dann kann man mit uns sprechen, ohne dass man schon beschieden haben muss. Ich hoffe, ich habe alles gesagt. – Vielen Dank für Ihre Geduld und dass ich als Letzter noch etwas sagen durfte!

Vorsitzender Peer Mock-Stümer: Vielen Dank, Herr Strohm! – Ich danke Ihnen, dass Sie alle heute erschienen sind und uns so brav Rede und Antwort gestanden haben. Vielen Dank für Ihre Expertise und Ihr Engagement! – Ich schlage vor, dass wir die Punkte 4 a und 4 b abschließen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.